Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1931

284 (7.12.1931)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE [illegible] MITTELBADENS

50 JAHRE

Anzeigenpreise Die 10gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig ○ Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungszieles, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt ○ Erfüllungs- und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. ○ Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,79 Mark, zuzüglich 41 Pfg. Trägerlohn ○ Ohne Zustellung 1,90 Mark ○ Durch die Post 2,36 Mark ○ Einzelverkauf 10 Pfennig ○ Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr ○ Postscheckkonto 2650 Karlsruhe ○ Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 ○ Fernruf 7020/7021 ○ Volksfreund-Filialen: Durlach, Hauptst. 9; B.-Baden, Jagdhausstr. 12; Rastatt, Rosenstr. 2; Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 284 | Karlsruhe, Montag, den 7. Dezember 1931 | 51. Jahrgang

Keine Alters- und Hinterbliebenenversicherung in der Schweiz

Ein Sieg der Sozialreaktion

WTB. **Bern**, 6. Dez. **In der schweizerischen Volksabstimmung wurde heute bei großer Beteiligung die Einführung einer allgemeinen und gleichen Alters- und Hinterbliebenenversicherung mit rund ⅔ Stimmen Mehrheit verworfen. Für das Bundesgesetz agitierten die Sozialdemokraten, die Freisinnigen und die Bauernpartei, dagegen waren im allgemeinen die Konservativen und die französische Schweiz.**

Ueber diese Gesetze, die einen bescheidenen Anfang der Sozialpolitik in der Schweiz darstellen sollen, wurde ein scharfer Kampf geführt. Nun endet er mit dem Sieg der Sozialreaktion — ein Zeichen rückständigen Denkens unserer Zeit in aller Welt.

Auch die Tabaksteuervorlage verworfen

WTB. **Bern**, 6. Dez. Wie die Bundeskanzlei mitteilt, wurden in der Volksabstimmung vom Sonntag für das Tabaksteuergesetz 425 565 Stimmen, gegen das Gesetz 424 741 Stimmen abgegeben. Somit ist die Tabaksteuervorlage ebenfalls verworfen.

Die deutsche Volkspartei in der Harzburger Front

Nach Schluß der Sitzung des **Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei** wurde mit 330 gegen 14 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der die Ausführungen des Parteiführers über die politische Lage und den Kurs der Partei gebilligt werden. Dem Parteiführer wird volles Vertrauen ausgesprochen. Der Zentralvorstand, so heißt es in der Entschließung weiter, ist der Auffassung, daß die Rettung Deutschlands aus seiner heutigen bedrängten Lage **nur in der Abkehr von der Sozialdemokratie** erfolgen könne. Er halte die Bildung einer auf die breiten nationalen Kräfte des deutschen Volkes gestützten Reichsregierung für dringendes Erfordernis.

Vernehmungen über die Boxheimer Dokumente

WTB. **Darmstadt**, 6. Dez. Durch den beauftragten Untersuchungsrichter des Oberreichsanwalts, Reichsgerichtsrat Zöller, wurde am Freitag und Samstag eine Reihe von Vernehmungen wegen der Abfassung des Boxheimer Dokuments vorgenommen. Dabei wurden Dr. Best und die übrigen Beschuldigten vernommen. Ueber die Vernehmungen wird strenstes Stillschweigen bewahrt.

Ob man, wenn es sich statt um Nationalsozialisten um Kommunisten handeln würde, auch so lange fackeln würde. Da wäre man schnell mit Verhaftungen bei der Hand gewesen.

Hakenkreuzlerische Totenschändung

Ein unerhörter Vorgang im Seziersaal

Die Verwaltungsbehörden der Universität und der Leiter des Anatomisch-biologischen Instituts Berlin beschäftigen sich zur Zeit mit der Untersuchung eines **skandalösen Vorfalls**, der erst jetzt durch die Veröffentlichung eines kommunistischen Blattes bekannt geworden ist. Es ist festgestellt worden, daß in der vergangenen Woche **im Saal der Studentinnen in einen zu sezierenden Oberschenkel ein Hakenkreuz hineingeschnitten worden ist.**

Die Untersuchung des Vorfalls, die auf Anordnung des Kultusministers begann, hat zunächst die **Feststellung der Studentin ergeben**, die an diesem Leichenteil zu arbeiten hatte. Die Studentin bestreitet jedoch entschieden, den Schädigungsakt vorgenommen zu haben. Die Universitätsbehörden werden jetzt den Versuch machen, durch die Vernehmungen sämtlicher an dem fraglichen Tag in dem Saal beschäftigten Studentinnen zu ermitteln, wer an dieser abscheulichen Tat beteiligt war.

Wie lange wird es wohl noch dauern, bis es die **Kannibalen ablehnen**, mit Deutschland auf eine Stufe gestellt zu werden.

Nationalsozialistischer Schimpf-Aushängekasten

Kiel, 4. Dez. (Eig. Drahtb.) In einer Hauptverkehrsstraße in Sliderbrorup hatten die Nationalsozialisten einen **Aushängekasten** angebracht, in dem sie bis vor Kurzem durch Nazizeitungen Propaganda zu machen versuchten. Offenbar war ihnen jedoch das Interesse der Passanten nicht groß genug, weshalb sie kurzerhand dazu übergingen, in diesem Aushängekasten ihnen **mißliebige Personen zu beschimpfen und zu bedrohen**. Die Verleumdungen wuchsen sich schließlich zu einem derartigen Skandal aus, daß die **Landjägerei dem Unfug ein Ende** machte und den Kasten kurzerhand abreißen mußte.

Gründung der Diskont-Companie-A.G.

WTB. Berlin, 5. Dez. Heute vormittag fand in den Räumen der Reichsbank die Gründung der Diskont-Companie-A.G. statt. An der Gründung haben sich durch Uebernahme von Aktien eine Reihe Banken und Bankhäuser beteiligt.

Die Beratungen des Sonderausschusses

Basel, 6. Dez. Die an den Verhandlungen des Beratenden Sonderausschusses der BIZ. teilnehmenden Delegierten sind im Laufe des Samstag in Basel eingetroffen. Die erste Sitzung wird, wie bekannt, am Montag vormittag 10.30 Uhr abgehalten.

Gandhi nach Frankreich abgereist

London, 5. Dez. Gandhi ist heute nach Frankreich abgereist, um **nach Indien zurückzukehren.**

Schwäbische Gemeindewahlen

Das Gesamtergebnis noch nicht zu übersehen – Die Wahlen in Stuttgart

WTB. **Stuttgart**, 6. Dez. **Bei der heutigen Gemeinderatswahl wurden von 266 749 Wahlberechtigten 209 048 Stimmen abgegeben. Bei der letzten Reichstagswahl am 14. September 1930 betrug die Zahl der Wahlberechtigten 261 497, die Zahl der abgegebenen Stimmen 212 752 oder 84,8 Prozent. Es entfielen auf die kommunistische Opposition 4037 (Reichstagswahl 0), Christlich-Soziale 9075 (11 332), Sozialdemokraten 46 810 (55 602) Zentrum 18 186 (19 074), Deutschnationale 19 525 (18 006), Frauenliste 4760 (0), Einheitsliste (bestehend aus Demokraten, Deutscher Volkspartei, Volksrechtspartei, Nationale Volksgemeinschaft) 23 104 (49 998), Nationalsozialisten 44 599 (21 360), Kommunisten 37 803 (36 119).**

Von den heute neugewählten 30 Gemeinderatsmitgliedern entfallen auf die kommunistische Opposition 0, auf den Christlich-Soz. Volksdienst 1, Sozialdemokraten 7, Zentrum 3, Deutschnationale 3, Frauenliste 0, Einheitsliste 3, Nationalsozialisten 7, Kommunisten 6 Mandate.

Vorläufiger Ueberblick

Stuttgart, 7. Dez., 7 Uhr morgens. (Funkdienst.) Der Ausgang der württembergischen Gemeindewahlen läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen, weil die Abstimmungsergebnisse aus den Städten, insbesondere aber aus dem Lande, nach dem württembergischen Gemeindegesetz erst im Laufe des heutigen Tages in Stuttgart bei der amtlichen Wahlleitung eintreffen. Vorläufig liegt nur das Gesamtergbnis von **Stuttgart-Stadt** vor. Es zeigt das gleiche Bild wie alle Wahlen der letzten Zeit. Der Radikalismus auf der Rechten und Linken hat auch in der württembergischen Hauptstadt seinen Aufstieg fortgesetzt, während die **bürgerliche Mitte ziemlich zersplittert** ist und die Sozialdemokratie gegenüber ihrer bisherigen Stärke einen Verlust von etwa 15 Prozent zu verzeichnen hat.

Die Wahlbeteiligung war in Stuttgart äußerst rege. Sie betrug 80 Prozent gegenüber 53,3 Prozent bei den letzten Gemeindewahlen im Jahre 1928. Im Vergleich zu den Stuttgarter Oberbürgermeisterwahlen im April, zu denen Kommunisten und Nationalsozialisten besondere Kandidaten aufgestellt hatten, gewannen die Kommunisten 14 000 Stimmen und die Nationalsozialisten 19 000 Stimmen.

Ein Vergleich der Wahlergebnisse mit den Stimmziffern der Reichstagswahl des Jahres 1930 ist insofern erschwert, als die Zahl der Wahlberechtigten durch die Vorschrift der Einjährigen-Ortsansässigkeit bei der Gemeinderatswahl erheblich geringer ist. Andererseits werden auch die Vergleichsziffern von der letzten Gemeinderatswahl vom Jahre 1928 wegen verschiedener Eingemeindungen den veränderten Verhältnissen nicht ganz gerecht. Abgesehen davon, betrug die Wahlbeteiligung damals in Stuttgart nur 53 Prozent.

In der bürgerlichen Einheitsliste sind Demokraten, Deutsche Volkspartei, Volksrechtspartei und nationale Volksgemeinschaft zusammengeschlossen.

Die bisher aus dem **Lande** vorliegenden Einzelergebnisse, insbesondere die aus den Industriestädten, zeigen, daß sich die Sozialdemokratie verhältnismäßig gut geschlagen hat und durchweg die stärkste Partei bleiben dürfte. **Ein Einbruch der Nazis in die marxistische Front wird bisher von nirgends gemeldet.** Auch in Stuttgart ging der Aufstieg der Nationalsozialisten ausschließlich auf Kosten der bürgerlichen Mitte.

Die Ergebnisse im Lande, sowohl aus den Städten wie den Ortschaften, liegen um deswillen nicht vor, weil dort die Wähler das Recht haben, Namen von der einen Liste auf eine andere zu setzen, nicht nur einzelne Kandidaten zu streichen, sondern auch ihnen genehmen Kandidaten bis zu drei Stimmen zu geben, also zu „panaschieren" und „kumulieren". Nur in der Landeshauptstadt Stuttgart ist dieser Wahlmodus nicht zulässig. Der Ehrgeiz der Nazis in der Stadt Stuttgart war, dort die stärkste Partei zu werden. Das verkündeten sie auch in großen Lettern auf Wahlflugblättern. Das ist ihnen aber nicht gelungen, die **Sozialdemokratie** ist auch bei dieser Wahl in Stuttgart die **stärkste Partei geblieben.** Mit einem starken Anwachsen des Radikalismus auf der äußersten Rechten und Linken mußte naturgemäß auch bei den württembergischen Gemeindewahlen die ebenfalls als Notwahlen anzusprechen sind, gerechnet werden.

Die Reichsregierung will handeln

Der Reichsinnenminister über die „Verantwortung des Staatsbürgers"

WTB. Berlin, 6. Dez. Reichsinnenminister Dr. Gröner sprach heute im Rundfunk über die **„Verantwortung des Staatsbürgers"**. Nach einem Ueberblick über die Entwicklung des Staatsbürgerbegriffs von den 70er Jahren bis zur Jetztzeit und fuhr er dann fort, jeder einzelne Staatsbürger trage die Verantwortung dafür, daß der Volkswille nicht in Bahnen getrieben werde, wo es statt zur Zusammenfassung zur Auflösung der Volkskräfte komme. Diesem Zustande müsse man begegnen, und zwar müsse die Verantwortlichkeit des Einzelnen gestärkt werden teils aus eigener Kraft, teils durch Einwirken des Staates. Weiter dürfe die Verantwortlichkeit der Partei nicht vom Einzelinteresse ausgehen, sondern vom Gesamtwohl im Sinne des Staatsbürgertums. Die Verantwortlichkeit der Regierung müsse alle Volksgenossen umfassen. Der geistige Inhalt des Staatsbürgertums müsse von dem einzelnen ausströmen als lebendige Kraft bis zur obersten Spitze der Regierung und müsse von dieser wieder zurückströmen bis zu jedem Einzelnen. Diese Funktion sei in der heutigen Zeit gestört. Ihren normalen Lauf wieder herzustellen, sei eine der wichtigsten Aufgaben für eine gesunde Entwicklung des Volksganzen.

Pflicht der Regierung sei es, zu handeln. Sie werde handeln, um fest und unbeirrt das notwendige Rettungswerk fortzuführen. Ihr Verantwortungsbewußtsein gebe ihr die Kraft, auf ihrem Posten zu bleiben. Sie werde die Flinte nicht ins Korn werfen, vielmehr bis zum letzten ausharren und alle Kraft aufbieten, um das deutsche Volk aus dem Engpaß herauszuführen.

Die verantwortliche Regierung könne aber nicht durchgreifend helfen, ohne die Unterstützung der deutschen Staatsbürger. Mit Bezug auf die kommenden neuen **Notverordnungen** erklärte der Minister, die Regierung habe ein Recht darauf, daß ihre verantwortungsbewußten Maßnahmen von den Staatsbürgern mit dem gleichen Verantwortungsbewußtsein aufgenommen würden. Nachdem der Redner noch als Vorbilder echten Staatsbürgertums Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Dr. Brüning genannt hatte, schloß der Minister mit dem Wunsche, daß staatsbürgerliche Gesinnung wieder zum Allgemeingut des deutschen Volkes werden möge.

Mordhetzerischer Wahnsinn

Gregor Straßer im Blutrausch – Wo blieb die Ueberwachungspolizei? Wo bleibt der Staatsanwalt?

Der Naziabgeordnete Gregor **Straßer**, der nach seiner Stellung innerhalb der Organisation der Nationalsozialisten nächst Hitler als Interpret der Absichten seiner Partei angesehen werden muß, hat sich in einer Versammlung in **Stuttgart** in einer Weise geäußert, die alles Gerede von **Legalität** als **Verlogenheit** charakterisiert. Aus seiner überaus **maßlosen Hetzrede** seien die folgenden Sätze im Wortlaut wiedergegeben:

„Wann wir zur Macht kommen? Vielleicht am 23. Februar, wenn der Reichstag wieder einberufen ist, vielleicht vorher schon bei einer Regierungskrise, vielleicht erst nach der bestimmt erfolglosen Abrüstungskonferenz. **Mit heißester Sehnsucht erwarten wir den Sturz Brünings, der unbedingt und auf jedem irgendwie möglichen Wege in nächster Zeit erreicht werden muß.** Deshalb und solange bleibt auch die Harzburger Front bestehen. Was dann? **Wir gehen in keine Regierung, wenn wir nicht das Heer und die Polizei in unsere Hände bekommen.** Dann wollen wir dem deutschen **Volke** einmal etwas **vorexerzieren.** Wir wollen die legale aber die Brachialgewalt im Staat, deshalb, weil wir für die nächsten Jahre sehr unpopuläre **Dinge machen müssen. Wer nicht gehorcht, wird sehen, was mit ihm** geschieht. Wir werden zeigen, was man mit der Presse und vor allem mit dem Rundfunk machen kann, wenn man die tausend Möglichkeiten der Regierungsgewalt in Händen hat. Wir werden die stärksten Beschützer des Privateigentums sein und möglichst wenig in die Wirtschaft hineinpfuschen, sondern **jeden Unternehmer frei schalten lassen.** Marxisten und demokratische Republikaner gibt es, wenn wir regieren, nicht mehr. Wir werden ihnen einige Zeit zum Umlernen lassen. Wer sich zu irgend einer Internationale bekennt, hört auf, Deutscher zu sein, und wer etwa „Heil Moskau" rufen sollte, wird **aufgehängt.** Komme uns ja keiner, wenn wir die Macht haben, mit Mitleid. Wenn wir regieren, kommt der Endkampf; wenn wir versagen, kommt der Bolschewismus. Das wissen wir. Und weil wir wissen, daß dann wir gehenkt werden, **sind wir so frei, vorher zu henken, und wenn wir bis an die Knöchel im Blut stehen müssen** um Deutschlands willen, so haben wir es haben wollen. Entweder leben und befehlen wir, oder die anderen, dann krepieren wir."

Die blutrünstige Hetze des Straßer ist auch ganz offenbar zu dem Zwecke gehalten worden, um die Verüber der Boxheimer

Dokumente und damit die Gewalt- und Blutmenschen innerhalb der Nazis parteimäßig öffentlich zu decken. Wahrscheinlich verfolgt Straßer, von dem in unterrichteten Kreisen wiederholt schon behauptet worden ist, daß er im Stabe Hitlers stets die rücksichtsloseste Sprache führe und ständig mit Gewalt drohe, auch die Absicht, durch solche Reden die Spießer einzuschüchtern und außerdem die Mitglieder der Nazipartei weiter aufzustacheln, die zu Gewalttätigkeiten neigen. Im übrigen hat Straßer sicher auch beabsichtigt, den Oberreichsanwalt geradezu zu verhöhnen, indem er, Straßer, sich derart demonstrativ für die in den Boxheimer Dokumenten bekundete Blutpolitik erklärte. Daß die Polizei eine Versammlung nicht sofort auflöst, in der in solcher Weise die Bevölkerungsskreise gegeneinander aufgehetzt werden, ist ungeheuerlich; nicht minder ungeheuerlich wäre es, wenn der Oberreichsanwalt gegen den Verüber einer solchen Rede nicht vorgehen würde.

Nationalsozialistischer Futterkrippendrang und Hapag-Gelder

Eine Reihe von **nationalsozialistischen Funktioänren** aus Hamburg ist aus der Partei **ausgetreten** und hat der Gauleitung Hamburg ein Dokument übersandt, in welchem, wie der „Demokratische Zeitungsdienst meldet, unter anderem erklärt wird, man müsse sich **als Nationalsozialist** schämen, wenn man wisse, wie stark der **Drang zur Futterkrippe** des Mandats zur Bürgerschaft sei und mit welchen Mitteln man eine Kandidatur erhalte. Bezeichnend seien in diesem Zusammenhang die **Geldzuwendungen der Hapag** wie des **Grundeigentümervereins** für die von ihnen gewünschten Bürgerschaftskandidaten.

Keine deutschen Verluste beim Rußland-Geschäft

CNB. Berlin, 5. Dez. In einem Berliner Vormittagsblatt wird behauptet, daß Deutschland im Geschäftsverkehr mit Rußland große Verluste deswegen erlitten habe, weil die meisten Verträge auf Pfundbasis abgeschlossen seien. Es wird von einem Gesamtverlust von 200 Millionen gesprochen. Von unterrichteter Seite wird diese Nachricht als absolut unrichtig bezeichnet. Die Verträge mit Rußland sind fast ausschließlich in Reichsmark abgeschlossen worden, nur ein ganz verschwindend geringer Teil ist auf Pfundbasis gestellt.

Die Liquidierung des Starhemberg-Kurses

Wien, 4. Dez. (Eig. Draht.) Der Nationalrat hat am Freitag ein sogenanntes Strafella-Gesetz beschlossen. Es bestimmt, daß die Verträge mit dem von der reaktionären Staatsstreichregierung Vaugoin-Starhemberg ernannten Generaldirektor der Bundesbahnen, **Strafella**, und seinen Freunden **aufgehoben** werden.

Hitler katzbuckelt

Bettelinterviews vor dem Ausland

Der nationalsozialistische Führer berichtet in großer Aufmachung von „nationalsozialistischer Aktion in London", worin der Besuch von Hitlers Manager, des Hauptschriftleiters des Völkischen Beobachters, Alfred Rosenberg (Rosenberg!!) in London als eine große außenpolitische Aktion hingestellt wird, über die große „Aufregung in Paris" herrsche. In Wirklichkeit liegen jedoch die Dinge so, daß der Vertreter Hitlers in London um gut Wetter bittet, falls die Nationalsozialisten in die deutsche Regierung eintreten würden, ohne daß ihnen jedoch bis jetzt Erfolg beschieden gewesen sei, Rosenberg soll zwar eine Unterredung mit dem Gouvernur der Bank von England gehabt haben, der Führer der englischen Konservativen, Stanley Baldwin, bei dem Rosenberg dreimal vorgesprochen habe, hat es jedoch abgelehnt, ihn zu empfangen. In ähnlicher Weise wie Rosenberg in London, hat Hitler selbst bei einem Empfang amerikanischer und englischer Berichterstatter in Berlin in einem der feudalsten Hotels der Reichshauptstadt es für notwendig gehalten, bei ihnen um gut Wetter zu bitten, indem er zu der von ihm vertretenen Außenpolitik Erklärungen abgab, die zeigen, daß Hitler, wenn er an die Regierung kommen würde, vor dem Ausland in einer Weise katzbuckeln würde, wie dies noch niemals in der ganzen deutschen Geschichte auch nur ein Politiker getan hat, wofür allerdings Hitler um die Gegenleistung bitten würde, daß man ihn auch im Ausland als „regierungsfähig" ansehen würde.

Interessant ist die Einstellung Frankreichs zum neuesten „Tarnungsplan" Hitlers. Der regierungsoffiziöse Temps betrachtet Hitlers neuerliche Bemühungen als einen „Täuschungsplan" und der elsässische Senator Eccard hielt gerade die jetzige Situation in Deutschland für notwendig, um in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des französischen Senats die Kammer zu mahnen, die militärischen Vorgänge in Deutschland noch schärfer als bisher ins Auge zu fassen. Die ausgesprochensten französischen Nationalisten vom Schlage Leon Daudets freuen sich dagegen, wenn Hitler in Deutschland ans Ruder käme; denn so erklären sie, „dann wäre Deutschlands Zusammenbruch da, und Frankreich brauche nichts mehr zu fürchten".

Alles in allem sieht man, daß gerade Deutschlands Feinde eine Herrschaft Hitlers wünschen, da sie sicher sind, daß, wenn, wie die nationalistische Liberté erklärt, ein Volk von einem Abenteurer geführt wird, seine Verdammung durch das Schicksal unabwendbar wird. Soll Deutschland wirklich dieses Spiel von Deutschlands Feinden spielen und soll es gar als Tragik deutscher Geschichte bestimmt sein, daß die sogenannten nationalen Kreise Deutschlands es sind, welche diesen kommenden Zusammenbruch Deutschlands als Urheber auf ihr Gewissen haben wollen!

Die Kölnische Volkszeitung fordert Klarheit

Unter der Ueberschrift „Hitlers Dolchstoßversuch und die Privatdiplomatie der Nationalsozialisten und ihre Folgen" schreibt das Zentrumsorgan die **Kölnische Volkszeitung** im Rahmen eines Drahtberichtes ihres Berliner Vertreters u. a.: „Es muß Klarheit geschaffen oder wiederhergestellt und die etwaige Unsicherheit darüber beseitigt werden, ob man es in der Zukunft mit der **Reichsregierung Brünings** oder einem **Kabinett Hitlers** zu tun haben wird. Es ist ein **unmöglicher Zustand**, daß sich im Hintergrunde bereits eine Art Neben- oder Neuregierung auftut, während Deutschland mitten in wichtigen internationalen Verhandlungen steht. Keine Regierung kann mit Aussicht auf Erfolg Deutschlands Sache vertreten, wenn neben oder hinter ihr sich bereits andere Machtfaktoren in dieser Weise vor dem Auslande zur Geltung zu bringen suchen. Die Reichsregierung wird nicht umhin können, klar und deutlich zu erklären, daß sie und sie nur allein dem Auslande gegenüber Deutschlands Interessen zu vertreten hat und Abmachungen mit diesem eingehen und ablehnen kann, und daß es neben den Vertretern der Reichsgewalt keine andere Macht gibt und geben wird, mit der das Ausland zu rechnen hätte.

*

Zu den Erklärungen, die Adolf Hitler englischen und amerikanischen Pressevertretern gegeben hat, schreibt das **Berliner Tageblatt**: Man fühlt zwar aus allem, was Hitler sagt, die **Angst vor der Verantwortung** heraus, aber man fühlt auch, wie er sich wie ein moderner Bramarbas durch pathetische Sätze mit manchmal reiflich kitschiger Prägung selbst Mut zu machen und zugleich seine inneren Gegner zu entmutigen sucht.

Die **Vossische Zeitung** bezeichnet es als selbstverständlich, daß das Ausland programmatischen Erklärungen eines Parteiführers Bedeutung beilege, der sich auf viele Millionen Wähler berufe. Daß Hitler sobald in die Lage kommen werde, Theorie in Praxis umzusetzen, das sei noch keineswegs eine so mathematische Gewißheit, wie Hitler selbst versichere. Das hänge von dem Erfolg der **Wirtschaftspolitik** des Kabinetts Brüning, von dem Ertrag der für den Januar angekündigten internationalen Regierungskonferenz und schließlich von den Ergebnissen der beiden wichtigen **Wahlen** im Frühjahr 1932 ab, der Wahl des Reichspräsidenten und den preußischen Landtagswahlen.

Rosenberg verläßt London wieder

Mit abgesägten Hosen . . .

CNB. **London**, 7. Dez. Der Chefredakteur des Völkischen Beobachters, Alfred Rosenberg, hat gestern abend London mit dem Hoek-van-Holland-Expreß wieder verlassen.

Hitlers politischer Geschäftsreisender Rosenberg, der jetzt als neuer „nationalsozialistischer Botschafter" im Ausland Hitlers „Regierungsfähigkeit" beweisen soll.

Aus aller Welt

Kommerzienrat Meusdörfer gestorben

CNB. Berlin, 7. Dez. In Kulmbach ist, wie der Montag meldet, nach langem schwerem Leiden Kommerzienrat Meusdörfer gestorben. Meusdörfer, der Inhaber der Kulmbacher Brauerei, wurde vor einiger Zeit bekannt durch den eigenartigen Tod seiner Frau, an dem er angeblich die Schuld tragen sollte. Der Kommerzienrat wurde längere Zeit in Untersuchungshaft gehalten, bis sich seine Unschuld herausgestellt hatte.

Explosion in einem Postamt

Unna, 6. Dez. Im Schalterraum des hiesigen Postamts explodierte gestern ein Paket. Ein junges Mädchen erlitt dabei so schwere Brandwunden, daß es dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Das Publikum stürzte panikartig aus dem Raum. Der Brand konnte von einem Beamten gelöscht werden. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß es sich um ein mit einem Mechanismus versehenes Paket handelte, das in einem Fahrradschlauch Schwarzpulver enthielt. Man nimmt an, daß bei der durch die Explosion entstandenen Verwirrung ein Raubüberfall ausgeführt werden sollte. Die Oberpostdirektion hat auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung ausgesetzt. Die Täter sind bisher noch unbekannt.

Illegaler Sender in Baden bei Wien entdeckt

Wien, 6. Dez. Ein Abendblatt hatte gemeldet, daß die Wiener Polizei in den letzten Wochen in Baden bei Wien einen russischen Sender ermittelt hätte. Ein Lette, der damit in Zusammenhang gebracht wurde, sei verschwunden, ehe man sich seiner versichern konnte. In gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß tatsächlich vier Personen verhaftet wurden. Bei einem dieser Leute wurde ein gefälschter Paß, bei einem anderen ein Kurzwellensender gefunden, der in Baden unbefugterweise in Betrieb gewesen war. Die Erhebungen über die Identität der Verhafteten werden fortgesetzt.

Sprengstoffattentat

Kassel, 5. Dez. Auf ein Erholungsheim wurde in der vergangenen Nacht in Waldeck ein Sprengstoffattentat verübt.

Verhaftung einer internationalen Rauschgiftschmuggelbande

Berlin, 5. Dez. In der Nacht zum 1. ds. Mts. verhafteten Beamte des Rauschgiftdezernats auf dem Bahnhof Friedrichstraße den als Rauschgifthändler bekannten Kaufmann August del Gracio aus Lyon aus dem Zuge heraus. Durch seine Festnahme ist man im Lauf der Untersuchung einem großen Rauschgiftschmuggel auf die Spur gekommen, der von der Türkei bis Amerika reicht. Durch die Zusammenarbeit der Berliner Polizei, der Zentrale zur Bekämpfung des Rauschgifthandels und der Hamburger Kriminalpolizei ist es nun gelungen, im Hamburger Freihafen 27 Kisten und Pakete mit insgesamt 250 Kilogramm Morphium zu beschlagnahmen, die aus der Türkei stammten und in Würfelform versandbereit für das Ausland fertig standen. Zugleich konnten ein gewisser Karl Frank und sein Komplize Batel, die beide aus Hamburg stammen und mit del Gracio in ständiger Geschäftsverbindung standen, festgenommen werden. Del Gracio kommt als Abnehmer und vermutlicher Geldgeber der Bande in Frage. Nach anderen in die Angelegenheit verwickelten Personen wird noch gefahndet.

Freistaat Baden

Neue Maßregeln gegen die Gewaltpolitiker

Der Innenminister bei der Polizei

Amtlich wird mitgeteilt: Der **Minister des Innern** hat angesichts der Tatsache, daß in den Versammlungen radikaler Parteien und Organisationen nach wie vor in besorgniserregender Weise zu Gewalttaten aufgefordert oder angereizt wird, im Interesse der Staatsautorität Anweisung gegeben, daß **Versammlungen**, in denen, wenn auch nur in **verschleierter** Form, zu Gewalttätigkeiten aufgefordert oder angereizt wird, **sofort aufzulösen** sind, Versammlungen, bei denen solche Verstöße **befürchtet** werden müssen, können **vorbeugend verboten** oder jedenfalls nur unter **Ausschluß solcher Redner** zugelassen werden, welche zu Gewalttätigkeiten auffordern.

Des weiteren wird eine **beschleunigte Ahndung** aller in Versammlungen begangener Verstöße gegen die Strafgesetze, gegebenenfalls Strafverfolgung im **Schnellverfahren** gefordert. Den angeblich **geschlossenen** politischen Versammlunen, insbesondere **angeblichen** Mitgliederversammlungen, die sich häufig als **verkappte** öffentliche politische Versammlungen zur Umgehung des Anmeldezwangs und der polizeilichen Ueberwachung darstellen, soll in Zukunft eine besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden. An Stelle beanstandeter öffentlicher Veranstaltungen spontan einberufener Mitgliederversammlungen dürfen nur zeitlich oder örtlich ausreichend getrennt **abgehalten werden**.

Am Freitag, den 4. Dezember, fand bei der **Karlsruher Polizei** ein **Besuch** des **Innenministers Maier** statt. Die Polizei- und Gendarmeriebeamten hatten in der Polizeiturnhalle Aufstellung genommen. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Karlsruher Polizeidirektor, der zugleich namens der Polizei- und Gendarmerieschule dem Innenminister für den Besuch dankte und sich **für treue Pflichterfüllung der Beamten gegenüber Staat und republikanischer Verfassung verbürgte**, wies der Herr Minister in einer Ansprache auf die Schwere der Zeit und die allseits bestehende Not hin. Diese Notzeit führe auch zu starken Angriffen auf die öffentliche Ordnung. **Die Beamten sollten geradlinig und treu ihre Pflicht tun. Pflichtmäßig handelnde Beamte würden beim Innenminister stets Rückhalt und Schutz finden.** Der Minister verwies ferner auf die von dem Reichsminister betonte Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Interesse der Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft. Er erwarte, so schloß der Minister, daß der staatliche Sicherheitsdienst in Baden und insbesondere in Karlsruhe auch in der Zukunft seine Pflicht tun wird. Hierauf besichtigte der Minister die Einsatzbereitschaft in Ausrückformation. Anschließend folgte noch ein Besuch des Landeskriminalmuseums und eine Besichtigung des Landespolizeiamts.

„Sklareks in Mannheim"

Naziblatt muß seine Verleumdungen zurückziehen

DZ. **Mannheim**, 5. Dez. Die gestrige Nummer des Mannheimer **Hakenkreuzbanners** enthält die folgende **Erklärung** des Hauptschriftleiters **Dr. W. Kattermann**: „In dem Artikel **„Sklareks in Mannheim"** vom 11. November ds. Js., in dem der Erwerb der **Baerschen Porzellansammlung** durch die hiesige Stadtverwaltung einer Kritik unterzogen wurde, ist der Verdacht ausgesprochen worden, daß zumindest ein Teil der mittelbar oder unmittelbar am Zustandekommen des Vertrages Beteiligten Sklarekschen Methoden gehuldigt habe. Nachdem von verschiedenen Seiten aus diesem Satz der Vorwurf der Bestechung herausgelesen worden ist, erkläre ich hiermit, daß es mir fern lag, gegen eine der in der fraglichen Angelegenheit beteiligten Personen diesen Vorwurf zu erheben. Nachdem der Hauptschriftsteller des Hakenkreuzbanners diese Erklärung abgegeben hat, hat die Stadtverwaltung den gegen das Hakenkreuzbanner gestellten **Strafantrag zurückgezogen.**

Bekanntlich ist auch der nationalsozialistische Führer mit dieser Mannheimer Geschichte krebsen gegangen. Nun müssen die Verleumder in Mannheim zurückhufen. Und in Karlsruhe? Wie lange wird dieses Treiben noch geduldet?

Richtigstellung einer nationalsozialistischen Anfrage

Das Verfahren bei der Zwangsversteigerung von Grundstücken

In Beantwortung eines offenen Briefes, den im **Führer** der Landtagsabg. Köbler an den Staatspräsidenten gerichtet hat, teilt die Pressestelle beim Staatsministeirum u. a. mit: „Die besorgniserregende Zunahme der Zahl der **Grundstückszwangsversteigerungen** hat dem Justizminister Dr. Schmitt schon unterm 10. Oktober 1931 Veranlassung gegeben, **beim Reichsjustizministerium vorstellig zu** werden und mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck zu bringen, daß nicht nur bezüglich der Aufwertungshypotheken, sondern überhaupt wegen aller Hypotheken seitens der Reichsregierung mit tunlichster Beschleunigung Maßnahmen getroffen werden müßten, um einer drohenden Katastrophe auf dem gesamten Grundstücksmarkt zu begegnen. Als geeignete Maßnahmen sind hierbei die folgenden vorgeschlagen worden:

1. Es soll bestimmt werden, daß das Vollstreckungsgericht auf Antrag des Grundstückseigentümers an Stelle der beantragten Zwangsversteigerung die Zwangsverwaltung anordnen kann. — 2. Das Vollstreckungsgericht soll allgemein ermächtigt werden, unter billiger Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere der wirtschaftlichen Verhältnisse von Gläubigern und Schuldnern, die Einstellung der Zwangsvollstreckung auf einen bestimmten Zeitraum (höchstens etwa zwei Jahre) anzuordnen.

Im Sinne dieser Vorschläge sind kurz nachher in Berlin auch dringende **mündliche Vorstellungen** erhoben worden. Mit Schreiben vom 24. November 1931, ist der badische Justizminister erneut an der gleichen Frage beim Reichsjustizminister vorstellig geworden. **Eigene** Maßnahmen der vorgeschlagenen Art kann das Land Baden **nicht treffen**, weil es sich um eine Angelegenheit handelt, die ausschließlich der **Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung** unterliegt.

Diese **Tatsachen beweisen die Unrichtigkeit der Unterstellung**, als ob der Herr Staatspräsident das Heil allein in polizeilichen Maßnahmen erblicke. Die **Nothilfe** beabsichtigt, die reichlich fließenden Geldspenden auch zum **unmittelbaren Ankauf beim Landwirt** zu verwenden.

*

Die bayerische Staatsregierung hat beschlossen, auf Grund eines ausgearbeiteten Entwurfes an die Reichsregierung das Ersuchen zu stellen, entweder in der bevorstehenden Notverordnung selbst oder gleichzeitig mit ihr durch eine besondere Notverordnung einen **Vollstreckungsschutz für Grundstücke**, sowohl des ländlichen wie des städtischen Grundbesitzes, verfügen zu wollen.

Stuttgart, 6. Dez. Auch die **württembergische** Regierung hat bei der Reichsregierung beantragt, einen Vollstreckungsschutz, wie er im Ostbilfegesetz der Landwirtschaft des Ostens gegeben wird, in ähnlichem Ausmaß auch der süddeutschen Landwirtschaft zu gewähren.

Kleine badische Chronik

Im Kinderbettchen erstickt

Todtmoos, 6. Dez. Das ¾ Jahre alte Kind des Gastwirts Josef Maier, das in seinem Bettchen, um nicht herauszufallen, mit einem Schutzband festgehalten war, wurde auf dem Gesichtchen liegend erstickt aufgefunden. Das Band war nur an einer Seite festgemacht, sodaß sich anscheinend das Kind drehen konnte. Dabei wurde die Halsschlagader unterbunden, was zum Tode führte.

Brand

Durbach (Amt Offenburg), 5. Dez. Heute nacht nach 12 Uhr entstand in dem Anwesen des Wagnermeisters Valentin Diener in Durbach-Tal ein Brand, der rasch um sich griff und trotz der sofort herbeigeeilten Feuerwehr von Durbach und der Weckerlinie der freiwilligen Feuerwehr Offenburg das Gebäude völlig einäscherte. Auch Fahrnisse fielen den Flammen zum Opfer. Der Feuerversicherungswert des niedergebrannten Gebäudes beträgt 7000 Mark. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch unbekannt.

Selbstmord einer Frau durch Erschießen

Hornberg, 5. Dez. Im Städtischen Krankenhaus hat sich die Witwe Frau Müller-Haas erschossen. Der Grund zum Selbstmord ist in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen. Die Frau war vor dem Kriege außerordentlich wohlhabend, nach dem Kriege verlor sie ihren Mann und ihre beiden Kinder und wurde durch die Inflation nahezu vermögenslos gemacht.

Anwesen eingeäschert

Engen, 6. Dez. In der Nacht zum Sonntag, gegen Mitternacht, brach im Anwesen des Landwirts Engelberg Hoog in Stetten Feuer aus, das sich so schnell ausbreitete, daß die Bewohner des Anwesens kaum das nackte Leben retten konnten. Das große Gebäude ist völlig niedergebrannt. Der Schaden am Gebäude und totem Inventar das zum größten Teil den Flammen zum Opfer fiel, wird auf 30 000 bis 40 000 Mark geschätzt. Bei dem Brand verunglückte ein junger Arbeiter dadurch, daß er rücklings von einer Mauer in das Feuer stürzte. Mit erheblichen Verletzungen wurde er ins Krankenhaus eingeliefert.

Verwegener Einbruch

Baden-Baden, 6. Dez. In der Nacht zum Sonntag verübte eine Einbrecherbande in Baden-Baden einen verwegenen Einbruch. Drei maskierte Burschen drangen in eine Villa der Kapuzinerstraße ein, überwältigten die drei anwesenden Einwohner und durchsuchten das Haus nach Wertgegenständen. Bei ihrer Arbeit wurden die Einbrecher dadurch gestört, daß zwei der gefangen gehaltenen Bewohner sich befreien und um Hilfe rufen konnten. Die Einbrecher ergriffen darauf unter Mitnahme von Schmuckgegenständen und eines größeren Geldbetrages die Flucht. Das sofort eingetroffene Ueberfallkommando nahm die Verfolgung der Täter auf, die entkamen. Die mißhandelten Bewohner mußten ins Krankenhaus verbracht werden, da sie bei ihrem Kampf mit den Einbrechern erhebliche Verletzungen erlitten.

•

Mannheim. Freitag nachmittag versuchte ein 22jähriger Kraftfahrer aus der Draisstraße an seiner Arbeitsstelle durch Trinken von Salzsäure seinem Leben ein Ende zu machen. Er wurde mittels Sanitätskraftwagen der Berufsfeuerwehr in das Allgemeine Krankenhaus verbracht.

Wertheim. Der 65jährige Versicherungsagent Scheurich kam in der Dunkelheit vom Wege ab und stürzte in die Tauber, wo vermutlich ein Herzschlag seinem Leben ein Ende machte. Morgens wurde seine Leiche gefunden.

Malterdingen bei Kenzingen. Samstag abend gegen 7 Uhr brach infolge Kurzschluß im Schopf des Landesproduktenhändlers Karl Widertsheimer Feuer aus, das sehr schnell um sich griff und auch das Oekonomiegebäude, sowie das Wohnhaus einäscherte. Das Eingreifen der Feuerwehr verhinderte ein weiteres Umsichgreifen des Brandes. Das Vieh konnte bis auf ein Schwein und das Geflügel gerettet werden. Die Fahrnisse wurden zum größten Teil ein Raub der Flammen. Der Schaden beträgt ca. 25 000 Mark.

Muckenschopf. Beim Faschinenfahren im Rheinwald wurde dem Zimmermann Chr. Kautz von seinem unruhig gewordenen Pferd das Bein abgeschlagen. Der Schwerverletzte wurde ins Acherner Krankenhaus verbracht.

Waldshut. Am Freitag abend gegen 8 Uhr stieß am hiesigen Bahnhof ein Motorrad mit Beiwagen mit einem dort haltenden Auto zusammen. Während der Motorradfahrer ohne Schaden davonkam, wurde ein Sozius schwerer, ein anderer leicht verletzt. Der Motorradfahrer wurde in Haft genommen, da er keinen Führerschein hatte und ihn die Schuld an dem Vorfall treffen soll.

Versammlung der Neuhausbesitzer in Hagsfeld

Am 3. Dezember fand die monatliche Mitgliederversammlung der Neuhausbesitzer-Vereinigung statt, die gut besucht war. Um es vorweg zu sagen, die diskutierten Fragen, die in der Hauptsache Mißstände betrafen, waren für jeden interessant und zeigten die Notwendigkeit des Zusammenstehens der Neuhausbesitzer. Nicht Eigendünkel hat uns zur Vereinigung getrieben, sondern die Not, resultierend aus Gehalts- und Lohnabbau — aber gleichbleibender Zinslast. Es wird auch von den Neuhausbesitzern erkannt, daß die Mieten für die Neubauwohnungen für die Mieter auch bald unerschwinglich sind, da sie ja unter den gleichen finanziellen Schwierigkeiten zu leiden haben. Auch hier wäre eine Zusammenarbeit nur zu begrüßen — und das gemeinsame Ziel müßte sein, Herabsetzung des Zinsfußes zu beiderseitiger Erleichterung.

Heiratsschwindler aus dem D-Zug heraus verhaftet

DZ. Frankfurt a. M., 6. Dez. Am Freitag nachmittag wurde auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein Heiratsschwindler in dem Augenblick festgenommen, als er gerade den von Regensburg kommenden D-Zug verließ. Durch ein Inserat hatte er in Frankfurt eine Dame kennen gelernt, der er sich als Dr. ing. Jung vorstellte und der er die Heirat versprach. Er erzählte ihr, daß er ein Laboratorium, das er in Kiel besitze, nach München verlegen wolle und zu diesem Zwecke unbedingt Geld benötige. Er erhielt zunächst 550 Mark und nach einiger Zeit nochmals 500 Mark. Später kamen der Dame die Angaben jedoch verdächtig vor, da dieser angebliche Doktor nicht einmal richtig deutsch schreiben konnte. Wie festgestellt wurde, hat er auch noch eine weitere Frau geschädigt. — Es handelt sich um den 46jährigen Wilhelm Güls aus Neuwied, der erheblich wegen Diebstahls, Betrugs und Unterschlagung vorbestraft ist. Zuletzt hatte er noch eine Zuchthausstrafe erhalten, für deren Rest ihm Bewährungsfrist gewährt wurde, die er dazu verwandte, sich wieder strafbar zu machen.

Einen sechs Zentner schweren Kassenschrank geraubt

DZ. **Frankfurt a. M.**, 6. Dez. In der Nacht zum Samstag suchte eine Einbrecherbande die **Filiale der Lebensmittelfirma Latscha** in der Oppenheimer Landstraße heim. Die Diebe gelangten durch Aufbrechen einer Lagerhaustüre in den Laden und schafften hier, ohne daß sie entdeckt oder gestört wurden, einen sechs Zentner schweren Kassenschrank weg. Ueber die Höhe der in dem Geldschrank befindlichen Summe ist noch nichts bekannt.

Gefährliches Spiel Jugendlicher mit Dynamitdiebstahl

DZ. **Limburg**, 4. Dez. Vier junge Leute aus Niederhadamar im Alter von 16 bis 19 Jahren hatten sich vor dem hiesigen Schöffengericht wegen fortgesetzten Dynamitdiebstahls und Transportgefährdung zu verantworten. Durch mehrere gemeinsam ausgeführte Einbruchdiebstähle hatten sie aus dem Dynamitlager eines Kalkwerks in Hadamar größere Mengen Dynamit und über 1400 Sprengkapseln gestohlen. Einige hundert Sprengkapseln vergruben sie in dem Bahndamm der nach Limburg führenden Seitenlinie der Westerwaldbahn. Diese Menge hätte genügt, um, wie ein Schießmeister erklärte, den Bahndamm völlig in die Luft zu sprengen. Bei der Verhandlung erklärte einer der Angeklagten: „Wir haben uns zusammengetan und Pläne gehabt. Jeder war sein eigener Führer.“ Sie gaben an, Messing holen zu wollen, brachen aber statt dessen in das Dynamitlager viermal ein. Sie haben ihren Plan, dem Führer des Frankfurter Kommunisten das Dynamit zu verkaufen — wie bei der früheren Vernehmung einer der Angeklagten angab — später doch nicht durchgeführt. Zwei der Angeklagten hatten sich Auslandspässe besorgt und einer von ihnen hatte bei der Ausführung eines Diebstahls eine Maske geführt. Es wurden verurteilt: Der Angeklagte Brotz wegen gemeinschaftlichen fortgesetzten Einbruchsdiebstahls und Transportgefährdung zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, der Angeklagte Maxheim zu einem Jahr Gefängnis, der Angeklagte Jung zu zwei Monaten zwei Wochen und der Angeklagte Grammel zu zwei Monaten einem Tag Gefängnis. Während bei den Angeklagten Jung und Grammel die Strafe als durch die Untersuchungshaft verbüßt gilt, wurden Brotz und Maxheim aus dem Gerichtssaal heraus verhaftet und ins Landgerichtsgefängnis verbracht, da Fluchtverdacht besteht.

Volkswirtschaft

Bierbrauerprotest gegen Biersteuer

In Karlsruhe fand eine überaus stark besuchte Landesversammlung der badischen Brauer statt, an der auch Vertreter der Landwirtschaftskammer, Handelskammer, Handwerkskammer, des Verbandes südwestdeutscher Industrieller, sowie der Malzfabriken und des Hopfenhandels teilnahmen. Der Vorsitzende, Brauereidirektor Karl Schrempp, wies darauf hin, daß die drängende Not des Braugewerbes die Zusammenkunft erfordert habe. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit und die geschwächte Kaufkraft der Bevölkerung in Deutschland mache sich seit 1929 im Bierabsatz fühlbar, der durch die seit 1930 wiederholt vorgenommenen Erhöhungen der Reichs- und Gemeindebiersteuer und das dadurch bedingte Hinaufschrauben des Bierpreises jetzt so erschreckende Ausmaße angenommen habe, daß die einst blühende Brauindustrie rasch dem Ruin entgegengeführt werde, wenn nicht schleunigst Abhilfe geschaffen werde. Von einer solchen Katastrophe würden außerdem auch die Hopfen- und Gerste bauende Landwirtschaft, das Gastwirtsgewerbe, die Malz- und Maschinenindustrie und nicht zuletzt weite Kreise des Handels und Handwerks betroffen. Demnach gelte es jetzt flammenden Protest zu erheben und den Reichs- und Länderregierungen, den Gemeindeverwaltungen und der gesamten Bevölkerung vor Augen zu führen, daß es allerhöchste Zeit sei, die Biersteuerpolitik zu ändern. Diese Ausführungen wurden durch ein eingehendes Referat des Syndikus der Zentralstelle der bad. Brauindustrie, Rechtsanwalt Dr. Huber, ergänzt. Nach sachlicher Aussprache faßte die Versammlung eine entsprechende Entschließung, in der ein Abbau der Biersteuer gefordert wurde.

Vergleichstermin S. Weil & Söhne, Schuhfabrik Rastatt.

In Sachen der Firma S. Weil & Söhne fand vor dem Amtsgericht Rastatt die Verhandlung über den angestrebten Vergleich statt. Die Sitzung dauerte fast 9 Stunden. Es waren nur wenig Gläubiger erschienen. Der Hauptgläubiger, die Lederfabrik Hirschberg (Forderung 217 000 Mark) ist durch ihren Rechtsbeistand Dr. Hermann Stern aus Frankfurt sowie durch den Bücherrevisor der Firma, Professor Schorr, vertreten. Der vom Gläubigerausschuß gemachte Vergleichsvorschlag besagt, daß sämtliche Gläubiger mit Forderungen bis zu 100 Mark oder solche, die ihre Forderungen auf diesen Betrag ermäßigen, voll befriedigt werden sollen und zwar innerhalb dreier Monate nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs. Gläubiger mit Forderungen bis zu 2500 Mark oder solche, die ihre Forderungen auf 2500 Mark ermäßigen, erhalten zum Ausgleich 30 % ihrer Forderungen spätestens innerhalb dreier Monate nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs und verzichten auf die Rechtsansprüche. Die übrigen Gläubiger werden im Verhältnis ihrer Forderungen befriedigt. Um diesen Vergleich durchführen zu können, soll die Firma in eine A.G. umgewandelt werden unter dem Firmennamen Weil-Schuh-A.G., Inhaber Gustav und Eugen Weil. Die A.G. wird gegründet mit 100 000 Mark bar, die bereits auf der Bezirkssparkasse Rastatt deponiert sind.

Die Generalversammlung der Brauereigesellschaft vormals S. Moninger in Karlsruhe findet am 16. Januar 1932 statt. Es sollen 5 Prozent Dividende zur Verteilung kommen.

Aus dem Gerichtssaal

Drei Bräute opfern sich für eine feine Firma

fm. **Karlsruhe**, 3. Dez. Ein gerissener Darlehens- und Heiratsschwindler hatte sich heute vor der Strafabteilung des Amtsgerichts in der Person des 35 Jahre alten vorbestraften Kaufmanns Wilhem Bachert aus Karlsruhe zu verantworten; wegen Beihilfe zum Betrug, Hehlerei und Kuppelei mitangeklagt war die Arbeiterehefrau Luise Stöhr von hier. Der Angeklagte unterhielt in Karlsruhe einen Neuheitenvertrieb. Spezialität war der Absatz von Nabenöl, wofür er in den Zeitungen auswärtiger Plätze Bezirksvertreter suchte. Den sich Meldenden bot er die Alleinvertretung an und ließ sich Beträge von mehreren hundert Mark bezahlen für die Uebersendung einer größeren Anzahl Tuben Nabenöl; als die Sendung eintraf, mußten sie feststellen, daß nur eine geringe Menge geschickt wurde und sie zuviel bezahlt hatten; ebenso wurden sie gewahr, daß am gleichen Platze mehrere „Alleinvertreter“ auftraten. Um seinem in ständigen Geldschwierigkeiten befindlichen Unternehmen aufzuhelfen, verlegte sich der Angeklagte auf den **Heiratsschwindel**. Bereits vor einigen Jahren ließ er sich mit einem Mädchen der Straße ein, das ihm aus ihren zeitweiligen namhaften Einkünften die Wechsel, fälligen Rechnungen und das Personal bezahlte. Er hatte ihr schon die Ehe versprochen. Mit der Zeit kam sie dahinter, daß es ihm nur wegen ihres Geldes zu tun war. Um die Fastnachtszeit lernte er in einem Lokal eine 28jährige Stütze aus Norddeutschland kennen, der er sich als wohlhabender Mann ausgab. Er versprach ihr ebenfalls, sie zu ehelichen. Die Hochzeit wurde auf einen nahen Termin festgesetzt, die Hochzeitsreise wurde besprochen. Er liebte sie angeblich so sehr, daß er sie „auch ohne einen Pfennig“ heiraten wollte. Sie würden — verheiratet — eine Fünfzimmerwohnung beziehen, Auto und Dienstmädchen halten. Das leichtgläubige Mädchen fiel auf diese Sprüche herein, zumal sie auch noch durch die Mitangeklagte beschwatzt wurde, die ihren Zukünftigen in den herrlichsten Farben schilderte. Das Verhältnis blieb nicht ohne Folgen. Schließlich brachte er das Mädchen so weit, daß sie ihm ihr **Sparkassenbuch mit 1200 Mark Guthaben** einhändigte. Das Geld hob der Angeklagte bis auf einen kleinen Betrag ab. 600 Mark gab er der Mitangeklagten, angeblich für rückständige Miete. Letztere ist noch deswegen mitangeklagt, weil sie duldete, daß seine „Braut“ die Nächte bei ihm verbrachte. Als das Geld verbraucht war, schwand der Heiratswille des Angeklagten und er fand ein neues Opfer in einem Mädchen aus Durlach. Dieses engagierte er als Braut und stillen Teilhaber. Sie stellte ihm 4000 Mark zur Verfügung, die zur Forcierung des **Nabenölgeschäfts verwendet werden sollten**; ihren Vater bestimmte er, ihm einen Wechsel über 400 Mark auszustellen und ihm den Diskonterlös auszuzahlen. Der Wechsel ging prompt zu Protest. Als Sicherheit übereignete er Dinge, die ihm nicht mehr gehörten. Schließlich fand er noch einen stillen Teilhaber, der 2000 Mark in das faule Geschäft steckte. Sämtliche Geschädigten trauern heute ihren verlorenen Ersparnissen nach; zu holen ist bei dem Angeklagten, der im September dieses Jahres den Offenbarungseid leistete, nichts mehr. Die Verhandlung ergab, daß der Angeklagte mit beispiellosem Zynismus nicht nur an der heiratslustigen Stütze, sondern auch gegenüber deren Eltern handelte, wobei ihm die Angeklagte St. — die zur Verlesung gebrachten Briefe beweisen dies — assistierte.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den gemeingefährlichen Betrüger eine Gesamtgefängnisstrafe von zwei Jahren und gegen die Mitangeklagte von sechs Monaten. Das Urteil gegen B. lautete auf ein Jahr Gefängnis und gegen St. wegen Beihilfe zum Betrug und Hehlerei auf 200 Mark Geldstrafe.

Sport

Aus anderen Verbänden

Bezirksliga. Gruppe Baden: Karlsruher FV. — FC. Rheinfelden 6:0 (K.F.V. ist somit Meister). Phönix Karlsruhe — SC. Freiburg 7:4. FC. Freiburg — FV. Rastatt 3:0. FC. Villingen — SpVg. Schramberg 1:3.

Von der Kreisliga. Kreis Mittelbaden: Südstern — Frankonia 0:1. Daxlanden — Durlach 5:1 Bretten — Knielingen 5:2. Söllingen — Weingarten 1:1. Karlsdorf — Grötzingen 2:0. Kreis Murg: Ottenau — Mörsch 3:2. Frankonia Rastatt — FV. 04 Reserven 1:5. Durmersheim — Gaggenau 2:2. Forchheim — Bietigheim 5:0. Niederbühl — Oetigheim 1:2. Kreis Südbaden: SpVg. Baden-Baden — Bühl 3:1 Offenburg — Herbolzheim 9:1. Kehl — VfB. Baden-Baden 3:1.

2180

Frohe Botschaft an die Hausfrau

Preissenkung für Vim — von nun an kostet die Normaldose nur noch 20 Pfg., die Doppeldose 35 Pfg. . . und dazu trägt jede Dose einen wertvollen Gutschein! Die Preise sind verbilligt — aber die Qualität ist die gleiche: die beste! Niemand braucht jetzt auf die große Arbeitserleichterung durch Vim zu verzichten — auch bei beschränkter Wirtschaftskasse!

003 V29-61
SUNLICHT GESELLSCHAFT A. G. MANNHEIM-BERLIN

Das gefährliche Inflationsspiel

Feststellungen des Konjunkturforschungsinstituts

Im letzten Wochenbericht des Konjunkturforschungsinstituts beschäftigt sich Professor Dr. Wagemann, der Leiter des Reichsstatistischen Amts und des Konjunkturforschungsinstituts, ausführlich mit **Projekten einer Währungsverschlechterung.** Derartige Projekte werden ja immer wieder von den Nationalsozialisten propagiert, die dem deutschen Volke auch hier das Blaue vom Himmel versprechen. Die **Devalvation,** die neben der Forderung der Abkehr vom Goldstandard in letzter Zeit immer wieder erörtert wird, und die z. B. zu erreichen wäre, indem man den **Kurs der Reichsmark** gegenüber den stabilen Goldwährungen in der Welt **um 20 Prozent senkt,** so daß man beispielsweise für den Dollar nicht mehr 4,20 ℳ, sondern 5 ℳ zu zahlen hätte, soll den wirtschaftlichen Folgen der Deflation entgegenwirken und besonders den Export steigern.

Wagemann untersucht diese Prophezeiung. Er kommt zu Resultaten, die es **nicht geraten scheinen** lassen, die Wirtschaftskrise mit Devalvation usw. zu bekämpfen. Wagemann weist darauf hin, daß, wenn es gelänge, das Tempo der Exportsteigerung in Deutschland trotz der Weltkrise zu verdoppeln, das immer erst eine Entlastung des Arbeitsmarktes um 200 000 Mann ermöglichen würde. Bei derartigen Experimenten, die auf eine Senkung der Exportpreise hinauslaufen, muß man aber in Kauf nehmen, die **Binnenwirtschaft weiter zu zerstören.**

In weiten Kreisen des deutschen Volkes verbindet man mit Währungsexperimenten die Vorstellung, von **seinen Schulden loszukommen.** Diese Vorstellung ist nicht richtig. Wagemann verweist dabei auf die Auslandsanleihen, die zum Teil von Wirtschaftskreisen aufgenommen sind, die von der Devalvation keinerlei Vermehrung ihrer Einnahmen als Ausgleich für die neue **Hinaufwertung** der Schuldverbindlichkeiten erwarten können. Das gilt u. a. für die **Landwirtschaft.** Diese Träger der Auslandsschulden, also Landwirtschaft, öffentliche Hand usw., könnten den Ausgleich für die in Reichsmark erhöhte Belastung für den Dienst der Auslandsschulden nur dadurch finden, daß sie **Steuern und Werkstarife erhöhen.** Die Preissteigerung nähme damit ihren Anfang und man käme zu der bekannten Schraube ohne Ende.

Wagemann schließt mit dem Hinweis, daß nichts gefährlicher sei, als eine Maßnahme, die, wie die Devalvation, das **Vertrauen noch mehr untergraben** wird.

Partei-Nachrichten

Hörsings neugegründete Tageszeitung stellt Erscheinen ein

Berlin, 5. Dez. Hörsings Neugründung einer Tageszeitung, **Deutscher Volkskurier,** hat innerhalb der republikanischen Front zu **Mißdeutungen** Anlaß gegeben. Hörsing hat sich deshalb entschlossen, mit dem heutigen Tage das Erscheinen seiner Zeitung Deutscher Volkskurier einzustellen.

Gewerkschaftliches

Schiedsspruch für die Krefelder Seidenindustrie angenommen. Der am 2. Dezember für die Krefelder Seidenindustrie gefällte Schiedsspruch, der eine Senkung der Löhne für die Arbeiter und Arbeiterinnen um 4 bzw. 4½ Prozent vorsieht, ist heute vom Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften angenommen worden.

Aus der Stadt Durlach

Schweinemarkt am 5. Dezember. Der Markt war befahren mit 99 Läufer und 184 Ferkelschweinen; verkauft wurden 49 Läufer- und 124 Ferkelschweine; Preis per Paar Läuferschweine 20—40 ℳ, Ferkelschweine 8—15 ℳ.

Gemeindepolitik

Gemeinderatsbeschlüsse

Berghaupten

Zwei Bürgersöhne werden zum Antritt des angeborenen Bürgerrechts zugelassen. Der Einzug der Bürgersteuer soll durch die Gemeinde erfolgen. Der Gemeinde sind von der Reichsschuldenverwaltung zwei Auslosungsrechte gezogen worden; von der Möglichkeit diesen Betrag wieder weiter anzulegen, soll kein Gebrauch gemacht werden. Zwei Pächtern wurden an ihren Pachtgrundstücken 30 Prozent Pachtnachlaß gewährt. Beim diesjährigen Holzhieb sollen etwa 250 Ster Papierholz gemacht werden. Der von Herrn Scherwitz, Rheinbischofsheim, gekaufte Jungfarren ist, da derselbe nicht springt, von demselben zurückzunehmen. Von den Glückwünschen des Herrn Oberlehrers zum heutigen (1. Dezember) hundertjährigen Gedenktag der Besitznahme des früheren Schlosses als Rathaus wird dankend Kenntnis genommen. Der Grundstückskaufvertrag mit dem Bad. Domänenamt Offenburg, wonach die Gemeinde 4 Quadratmeter von Lgb. Nr. 424/11 unentgeltlich abtritt, wird genehmigt.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Wetteraussichten für Dienstag, den 8. Dezember 1931:

Tiefe Lagen: Naßkaltes und meist trübes Wetter. Gebirge: Schneefälle bei leichtem Frost.

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Politik, Freistaat Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: S. Grünebaum. Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Kleine badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung, Feuilleton, Die Welt der Frau: Hermann Winter. Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe

Letzte Nachrichten

Die SPD hat sich in Württemberg gut geschlagen

Stuttgart, 7. Dez. (Funkdienst.) In Eltingen, einem Ort von 3000 Einwohnern, in etwa 16 Kilometer Entfernung von Stuttgart, hielten sich bisher die sozialdemokratischen und kommunistischen Gemeinderatsmandate mit denen der bürgerlichen die Waage. Am Sonntag hat sich das Bild verändert. Jetzt haben Sozialdemokraten und Kommunisten in Eltingen die Mehrheit; trotzdem die Nazis auch Eltingen mit dem Maul bereits erobert hatten.

In Honau bei Reutlingen gewann die Sozialdemokratie ebenfalls ein Mandat und erlangte damit die Hälfte der Gemeinderatssitze überhaupt.

In Göppingen marschiert die SPD. weit vor den Nationalsozialisten. Das Göppinger Ergebnis ist: SPD. 2870, KPD. 1100, Zentrum 1100, Deutschnationale 800, Demokraten 650, Nationalsozialisten 1450.

Es ist bemerkenswert, daß die Listen der Spalter Rosenfeld und Sendewitz bisher irgendwelche nennenswerten Erfolge überhaupt nicht erzielt haben.

In ihrem Kommentar zu den Gemeindewahlen in Stuttgart verweist die sozialdemokratische Schwäbische Tagwacht darauf, daß in dem Zweikampf zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten die Sozialdemokratische Partei den Sieg davongetragen habe. Die Nationalsozialistische Partei habe ihre ganze Kraft auf Stuttgart konzentriert. Trotzdem habe sie nur 21 Prozent der Stimmen zu erobern vermocht, und das beweise, wie weit Hitler, entgegen seinen Erklärungen der letzten Tage, noch von der Macht entfernt sei. Das Stuttgarter Ergebnis bleibe weit hinter dem Erfolg der Nazis in Hessen und selbst hinter ihrem Erfolg in Hamburg zurück. Bei keiner der letzten Wahlen hätten sie sich mit einem so bescheidenen Ausfall wie diesmal in Stuttgart begnügen müssen.

Die neue Notverordnung

Berlin, 7. Dez. (Funkdienst.) Das Reichskabinett tritt heute vormittag zur letzten Beratung der neuen Notverordnung zusammen. Die Veröffentlichung der Verordnung wird spätestens am Mittwoch erfolgen. Am Dienstag abend wird der Reichskanzler sich zu den neuen Maßnahmen im Rundfunk äußern. Vorher beabsichtigt er, einen Empfang der Presse.

Die Verordnung will das Problem der Lohn- und Preissenkung zugleich regeln. Alle Vorstellungen gegen diese Absicht scheinen nur insofern Erfolg gehabt zu haben, als man, entgegen den anfänglichen Plänen, die Schlichter in das Lohnsenkungsverfahren einschalten und Lohnsenkungen nach dem Wortlaut der Verordnung nur unter der Voraussetzung gewisser Preissenkungen erfolgen sollen. Die Gehälter der Beamten werden um 9 Prozent gekürzt werden. Und zwar wird die Kürzung erstmalig am 1. Februar in Kraft treten. Die Gütertarife der Eisenbahn erfahren eine Kürzung von 25 Prozent ab 16. Dezember. Die Invalidenrenten werden nicht weiter gekürzt werden. Auch von der Herabsetzung des steuerfreien Existenzminimums ist abgesehen. Dagegen wird die Umsatzsteuer von 0,75 Prozent auf 2 Prozent erhöht. Die neue Notverordnung wird zugleich Maßnahmen gegen den Waffenmißbrauch und den Terror enthalten. In ihr wird zugleich über Neujahr ein sogenannter Burgfrieden verfügt werden.

Wasserstand des Rheins

Basel 14, Waldshut 209, Schusterinsel 75, Kehl 231, Maxau 409, Mannheim 292, Caub 202.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Sozialdemokratische Bürgerausschußfraktion

Montag, 7. Dezember, abends 8 Uhr, Fraktionssitzung im Stadratssitzungssaal. Jedes Fraktionsmitglied erscheine!

Frauenwerbegruppe Hardtwaldsiedlungen

Montag, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, im Handarbeitssaal der Telegraphenschule Werbeversammlung. Referentin: Genossin Stark. Thema: „Die Frau und der Sozialismus."

Es ist Pflicht jeder Genossin, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Frauen, die unserer Bewegung nahestehen, sind freundlichst eingeladen.

Programm der Frauenleseabende in der Woche vom 7. bis 12. Dezember

Bezirk Mühlburg-Grünwinkel: Hardtschule. Montag. „Die Umwelt der Frau". Referent: Gen. Fr. Meyer.

Bezirk Beiertheim-Bulach: Beiertheimer Schule. Dienstag. „Das bürgerliche Recht in bezug auf die Stellung der Frau". Ref.: Gen. Rechtsanwalt Hoffmann.

Bezirk Daxlanden: Volkshaus. Dienstags. „Kinderfreunde und Jugendbewegung". Ref.: Gen. Oberschelp.

Bezirk Oststadt: Karl-Wilhelm-Schule. Dienstag. „Die deutsche Sozialgesetzgebung". Ref. Gen. Wilhelm Koch.

Bezirk Südstadt: Volkshaus. Dienstag. „Die Erziehung zum sozialistischen Menschen". Ref.: Gen. Pfarrer Löw.

Bezirk Alt-, Mittel- und Südweststadt. Donnerstag. Hebelschule. „Die deutsche Sozialgesetzgebung". Ref.: Gen. W. Koch.

Bezirk Weststadt: Freitag. Der Leseabend fällt aus. Die Genossinnen werden gebeten, die Festhalleversammlung, in der Gen. Grumbach-Paris spricht, zu besuchen.

Freier Hausfrauenbund

Unsere Dezemberzusammenkunft findet Donnerstag, 10. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Kaffee Stübinger statt. Genossin Grünebaum liest aus eigenen Dichtungen vor. Wir bitten um zahlreichen Besuch.

Arbeiterwohlfahrt

Die auf Montag, 7. Dezember, angesetzte Besprechung der Genossinnen aller Bezirke findet erst am Mittwoch, 9. Dezember, abends 8 Uhr, in der Geschäftsstelle, Karl-Friedrich-Strahe 22, statt. — Am Freitag, 11. Dezember, fallen die Nähabende wegen der öffentlichen Versammlung in der Festhalle aus.

SAJ. Karlsruhe

Heute abend findet in Grötzingen die Neugründung der dortigen SAJ.-Gruppe statt. Wir sind hierzu eingeladen. Wir fahren mit der Straßenbahn bis Durlach Endstation. Halb 8 Uhr gehen wir von der Endstation weiter.

Bezirk Weststadt

Am Samstag, 12. Dezember, abends 8 Uhr im Lokal „Unter den Linden" Bezirksversammlung mit Vortrag von Gen. Redakteur Eisele über „Aus Geschichte und Technik des Zeitungswesens".

Die Parteigenossen und Genossinnen, sowie sonstige Volksfreundleser werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Bezirk Rüppurr

Dammerstock — Gartenstadt — Rüppurr

In der Parteiversammlung am Mittwoch, 9. Dezember, spricht Genosse Heinz Bauer über „Wirtschaftsanarchie oder Sozialismus". Ferner soll Stellung genommen werden zu den Anwürfen des Hitlerorgans Der Führer. Zahlreicher Besuch auch von Volksfreundlesern wird erwartet. Lokal: „Zähringer Löwen". Anfang 20 Uhr.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Am Mittwoch, 9. Dezember, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Schützenstraße, findet der zweite Vortrag unseres Winterprogramms über die politische Geschichte Deutschlands statt. Es spricht Stadtoberschulrat Kamerad Kimmelmann. Alle Mitglieder, aktive wie passive, sind hierzu eingeladen. Der Vorstand erwartet vollzähliges Erscheinen.

Vereinsanzeiger

Bis zu 4 Zeilen 50 Pfg. die Zeile — Bei 5 u. mehr Zeilen 60 Pfg. die Zeile

Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden zum Reklamezeilenpreis berechnet

Karlsruhe.

Sängerbund Vorwärts. Die Sänger treffen sich heute abend ¾8 Uhr bei der Lutherkirche (Oststadt) zwecks Ehrung. 8831

Freie Turnerschaft. Heute abend 8 Uhr in der Gambrinushalle Mitgliederversammlung mit Vortrag des Gen. Dr. Wolf: „Wie stellt sich der Sozialist zur Geburtenregelung?" 8828

Naturfreunde Beiertheim. Heute abend 8 Uhr **Monatsversammlung** im Lokal „Zum Kuckuck" mit Vortrag des Gen. Regierungsrat Stenz. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen. 8823

Vergeßt nicht die kranken Kinder an Weihnachten.

Unsern schwerkranken, armen Kindern, die das Weihnachtsfest im

Kinderkrankenhaus

zubringen müssen, wollen wir auch in diesem Jahr eine Weihnachtsfreude machen. Gaben in jeder Form nehmen die unterzeichneten Damen und die Oberin der Anstalt, Karl-Wilhelmstraße 1, gern in Empfang. 8830

Frau Professor Lust, Bachstr. 19, Frau Professor Baisch, Kaiserallee 7, Frau Professor Baldus, Mozartstr. 8, Frau Baudirektor Betz, Maximilianstr. 4, Frau Geh. Hofrat Doll, Rittersstraße 26, Frau Geh. Hofrat Dreßler, Westendstraße 76, Frau Martin Elsas, Redtenbacherstraße 19, Frau Oberregierungsrat Hecht, Seminarstr. 3, Frau Dr Matheis, Westendstr. 6, Frau Professor Mittelstraß, Rüppurr, Rosenweg 3, Fräul. Erika Schwoerer, Stefanienstr. 23, Frau Dr J. Vogel, Beethovenstr. 5.

Friedrich Töpper
staatl. Lotterie-Einnehmer der preuß.-südd.
Klassen-Lotterie
Karlsruhe, Kriegsstr. 3a
Ecke Rüppurrer Straße
Telephon 5286
und Filialen.
Wesentliche Erhöhung der Gewinnmöglichkeit da Verdreifachung der Mittelgewinne bei gleicher Loszahl.
Ziehung III. Klasse
16. und 17. Dez. 1931

Knielinger Anzeige

Die Gemeinde kauft gut eingebrachtes Luzernehen, Kartoffeln und Dickrüben für den Farrenstall.

Angebote sind beim Bürgermeisteramt einzureichen.

Knielingen, den 3. Dezember 1931. 2249

Bürgermeisteramt.

Ettlinger Anzeigen

Die Vieh- und Schweinemärkte in Ettlingen dürfen wegen Ausbruchs der Maul- u. Klauenseuche in Ettlingen bis auf weiteres nicht stattfinden. 2247

Ettlingen, 4. Dez. 1931.

Der Bürgermeister

Pullover-Wolle
meliert, in vielen Farben
für Sport-Kleidung
50 Gramm **28 ₰**
Verkauf solange Vorrat. Mengenabgabe vorbehalten.
TIETZ

Richtigstellung zu Inserat vom 5. XII. 1931.
Gesiebtes Konfektmehl
5 Pfund **1.45** RM.
Carl Roth
Drogerie
Herrenstraße 26/28
Fernsprecher 6180/6181

Einr. Radio-Apparat mit Kopfhörer f. 10.ℳ zu verkaufen. **Durlach,** Ettlingerstr. 42, III. 2184

Anzug für 17 J., 8 Mk. **M.-Mantel,** ber. neu, f. 13 J., äuß. bill. abzug **Wilhelmstr. 18.** 8827

Smyrnateppich, schön 3,30/2,70 m, gut erhalt., zu verkaufen R187c **Sofienstr. 180,** III

Aelterer Mann aus dem Arbeiterstand **sucht** zur Führung s. Haushalts **Frau oder Fräulein.** Offerten unter Nr. 8751 an d. Volksfreundbüro

Rastatter Anzeigen

Leseholzsammeln

im diesjährigen Hiebschlage (Walddistrikt Oberwald, Schläge 25 u. 27), in den Walddistrikten Kleinbrufert, Schläge 22, 23 u. 24, und in Steingerüst ist bis auf weiteres **verboten.**

Rastatt, den 3 Dezember 1931 2246

Der Oberbürgermeister.

Volkshochschule Rastatt.

Morgen Dienstag, 8. Dez., abends 8 Uhr, im **Museum** dritter Abend des staatspolitisch Lehrgangs: Herr Amtsger.-Rat **Dr. Dänzer Vanotti,** Karlsruhe:

Die Abrüstungsfrage

Der Vortrag wird mit Lichtbildern ergänzt

Jedermann willkommen!

Eintritt frei! 2235

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

7. Dezember.

1835 Eröffnung der 1. deutschen Eisenbahn (Nürnberg—Fürth). — 1894 †Lesseps, Erbauer des Suezkanals. — 1910 †Maler Ludwig Knaus. — 1921 Putschpr. (Jagow usw.) in Leipzig. — 1929 Oesterreich: Verfassungsreform. — 1929 Tschechoslowakei: Kabinett Udrzal (Sozialdemokratie beteiligt).

Der Stadtrat hat beschlossen

Konzert für die Erwerbslosen und sonstige Hilfsbedürftige

Das Badische Landestheater beabsichtigt, aus Anlaß des bevorstehenden Weihnachtsfestes Sonntag, den 20. Dezember d. J., vorm. von 11 bis 12.15 Uhr, eine Musikaufführung für die Fürsorgeempfänger und sonstigen Hilfsbedürftigen der Stadt zu veranstalten (Wiederholung des Requiems von Mozart aus dem 3. Sinfoniekonzert). Ein Teil der Eintrittskarten soll zugunsten der Winternothilfe käuflich abgegeben werden. Der Stadtrat stellt hierfür den großen Festhallesaal zur Verfügung.

*

Festhallekonzerte. Dem Pächter der Festhallewirtschaft, Georg Merkt, wird gestattet, während des laufenden Winters an den Nachmittagen der Sonn- und Feiertage auf seine Rechnung öffentliche Unterhaltungskonzerte mit Wirtschaftsbetrieb im großen Saal der Festhalle zu veranstalten, insoweit der Saal nicht anderweit vermietet ist.

Diebstähle auf dem Friedhof. Zwei hiesige Einwohner, die vor Allerheiligen auf dem Hauptfriedhof Tannenzweige abgeschnitten und entwendet haben, wurden vom Amtsgericht mit je drei Wochen Gefängnis bestraft.

Ehrungen. Den Kassenboten a. D. Magnus Schieß, den Mechaniker Christian Werner und den Gürtler Georg Laddey Eheleuten wurden zur goldenen Hochzeit Glückwunschschreiben des Oberbürgermeisters mit Ehrengaben übersandt.

Rektoratsübergabe in der Technischen Hochschule

DZ. Am letzten Samstag vollzog sich in der herkömmlichen Weise die Feier des Rektoratswechsels in der Technischen Hochschule Karlsruhe. Der große Saal des Studentenhauses war dicht besetzt, als kurz nach 11 Uhr die Abordnungen der akademischen Korporationen in Wichs mit ihren Fahnen einzogen und zu beiden Seiten des Auditoriums Aufstellung nahmen. Unter den Klängen des akademischen Orchesters hielten dann auch die Ehrengäste, Professoren und Dozenten ihren Einzug. Nachdem das Adagio von Bach verklungen war, ergriff der Prorektor Prof Dr. Plank das Wort zur Erstattung des Jahresberichts. Er stellte einleitend fest, daß die Durchführung der Hochschulreform bisher reibungslos von statten ging; doch sei die Zeit (ein Jahr) zu kurz, um ein abschließendes Urteil abgeben zu können. Infolge der finanziellen Not hätten sich allerdings verschiedene Voraussetzungen nicht erfüllt und es bestehe die Befürchtung, daß ein dauernder Schaden von den deutschen Hochschulen nicht abgewendet werden kann, wenn der wirtschaftliche Druck sich weiter verschärft oder weiterhin unvermindert anhält. Man habe sich der Grenze des Möglichen schon bedenklich genähert. An das Ministerium richtete der Redner die dringende Bitte, die Hochschulen nicht unbewaffnet in den geistigen Wettkampf der Nation zu schicken und nicht auf die Dienste zu verzichten, die die Wissenschaft dem Volke leisten kann. Leider sei eine große Verständnislosigkeit gegenüber den Aufgaben der Hochschulen in weiten Kreisen anzutreffen. (Das verwerfliche Treiben der nationalsozialistisch verseuchten Studentenschaft ist aber auch nicht geeignet, die Verständnislosigeit zu beheben. Die Red.) Ansichten, wie sie im Spargutachten über Organisation und Betrieb der bad. Hochschulen zu finden seien, seien nicht nur aufs schärfste zurückzuweisen, sondern aufs tiefste zu bedauern. Den folgenschwersten Schritt, der im Rahmen der Notverordnung erfolgte, sieht Professor Dr. Plank in der Aufhebung der Emeritierung. Derartige Maßnahmen sollten sobald wie möglich zurückgezogen werden.

Der Prorektor gedachte dann, indem er zum Jahresbericht selbst überging, des verstorbenen Staatspräsidenten Wittemann und der Verluste, die die Hochschule im verflossenen Jahre zu beklagen hat. Er erinnerte an die Fertigstellung und Einweihung des Studentenhauses und verzeichnete unter Hinweis auf das Stadion mit Genugtuung die Tatsache, daß sich die Studentenschaft bereits bis zu 78 Prozent an den Leibesübungen beteiligte. Mehrere Studenten haben für hervorragende Studienleistungen Auszeichnungen erhalten, die der Redner bekanntgab. Die Frequenz der Fridericiana hat sich mit 1339 Studierenden im letzten Wintersemester und 1267 Studierenden im Sommersemester kaum verändert. Der Prorektor dankte schließlich allen um das Wohl der Hochschule verdienten Stellen und Personen, nicht zuletzt dem Hochschulreferenten Ministerialrat Dr. Thoma, sowie der Karlsruher Hochschulvereinigung. Dank auch der Studentenschaft, mit der er stets harmonisch zusammenarbeiten konnte. Die von ihr anstelle des Fackelzuges überreichte Geldspende für wohltätige Zwecke habe ihn hoch erfreut. Professor Dr. Plank übergab hierauf das Rektorat offiziell dem neuen Professor Dr. Holl, der sich in längeren sehr interessanten Ausführungen über das Thema verbreitete: **„Die Technische Hochschule: Bildungsanstalt oder Fachschule?"** Der Redner stellte das neuhumanistische Bildungsideal in den Vordergrund und hob den hohen Wert der kulturwissenschaftlichen Fächer im Bildungsplan der technischen Hochschulen hervor. Unter diesem Gesichtspunkt behandelte der Redner die Aufgaben der Technik für Volk und Vaterland.

Anschließend wurde die erste Strophe des Deutschlandliedes gesungen, worauf die eindrucksvolle Feier mit dem Auszug der Chargierten, der Ehrengäste und Professoren ihr Ende fand.

Protest der Arbeitsinvaliden

Der kleine Saal der Festhalle war am Samstag nachmittag bei der Protestversammlung des **Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen, Ortsgruppe Karlsruhe,** dicht besetzt. Der zweite Verbandsvorsitzende Koll. Gäbel-Berlin sprach zu den Invaliden und Witwen. Koll. Klingele begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und sah den zahlreichen Besuch als ein Zeichen an, daß die Mitglieder den Ernst der Lage erfaßt haben und wissen, worum es in der jetzigen Notzeit geht.

Hierauf ergriff Koll. Gäbel-Berlin das Wort zu seinem Vortrage über den

Kampf um die Sozialversicherung.

Ausgehend von den drei Begriffen Krankheit, Unfall, Invalidität, die für die Arbeiterschaft immer Elend, Not und Kummer bedeuten, schilderte er die Anfänge der Sozialgesetzgebung vor dem Kriege, wo die Sätze der Unterstützung zum leben zu wenig und zum sterben zu viel waren. Erst nach dem Umsturz 1918 wurde die Sozialgesetzgebung neu aufgebaut und den Verhältnissen angepaßt. Seit dem Jahre 1929 war aber ein Stillstand zu verzeichnen. Die heutige außerordentlich schwierige Finanzlage des Reiches wollen nun aber die Unternehmer dazu benützen, einen Generalangriff auf die gesamte Sozialgesetzgebung zu machen. Daß in einer solchen Zeit, wie in der unsrigen die sozialen Aufwendungen erheblich steigen müssen, ist selbstverständlich. Es liegt aber ein hoher ethischer Gedanke in dieser Versicherung. Die **Staatsvernunft** allein muß den Staat dazu zwingen, um Rebellionen zu verhindern. Der **Rechtsstaat** verlangt aber von allen Arbeitern, daß sie ihre Arbeitskraft verkaufen, um letzten Endes nicht nur sich, sondern auch den Staat zu erhalten, schließlich zwingt die **Wirtschaft** den Staat selbst, eine gesunde Sozialpolitik zu treiben. Daß in Deutschland so wenig erreicht wurde, liegt nicht an der Staatsform, sondern daran, daß heute noch eine Geldsackwirtschaft in Deutschland herrscht, die gar kein Interesse an einer vernünftig gestalteten Sozialgesetzgebung hat. **Bei den Staaten, die diktatorisch regiert werden, sind die Renten noch wesentlich kleiner, deshalb heißt es auf dem Posten sein, wenn gegen die Grundmauern der Staatsform gerannt wird.**

Nach der Neuregulierung der Krankenkassengesetzgebung, des Knappschaftsgesetzes kommt nun die Sozialgesetzgebung an die Reihe, weil sie, wie die Unternehmer sagen, angeblich innerlich faul sei. Die Unternehmer benützen alle Mittel, um die Sozialversicherung zu untergraben, so reisen heute Professoren im Lande umher, die diese Lehre verkünden. Und die **Handlanger der Unternehmer, die Nazis,** bringen den traurigen Mut auf, daß sie sagen, „die Arbeiter, die nicht fähig sind zu arbeiten, sollten den Mut aufbringen, selbst zu sterben". Solche traurige Gestalten stellen sich nachher noch hin und erklären sich als Arbeiterpartei.

Die Sozialversicherung hat nun ein Defizit von 250 Millionen, man geht nicht fehl, wenn man behauptet, daß die herrschende Klasse die Sozialversicherung immer bewußt an den Abgrund des Defizits geführt hat. Allen Vorschläge der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei wurde kein Gehör geschenkt. Solange die Wirtschaft aber noch solche Riesengehälter zahlen kann, wie sie es augenblicklich tut, liegt gar keine Veranlassung vor, den Angaben zu glauben.

Der Redner ging nachher noch eingehend auf die Forderungen des Verbandes ein, er verlangte die **Errichtung neuer Lohnklassen,** die eine neue Einstufung garantiert, wo jeder Arbeiter seinen Verhältnissen entsprechend einbezahlen kann. Der Redner sprach weiter davon, wie durch die Lex Brüning für die Sozialversicherung Beträge zur Verfügung gestellt wurden, die später fast jedesmal bis auf kleine Bruchteile gestrichen wurden. Dagegen hat die Regierung auch heute noch Geld, um abgetakelte Generäle und davongelaufene Fürsten Millionen nachzuwerfen. Es fehlt auch nicht an Geld, wenn es gilt, verkrachten Großbanken wieder auf die Beine zu helfen oder man wirft den Krautjunkern durch die Osthilfe Millionengeschenke nach. Solange noch Geld da ist, um diese ausgesprochenen Volksfeinde zu unterstützen, muß auch Geld für die Sozialversicherung flüssig gemacht werden. **Die durch die neue Notverordnung in Aussicht genommene weitere Kürzung muß deshalb mit aller Schärfe bekämpft werden.** Zum Protest dagegen werden in allen Orten die Arbeitsinvaliden in großen Versammlungen aufgerufen. Die Arbeitsinvaliden dürfen aber nicht vergessen, daß es bei der Erhaltung ihrer Bezüge nicht allein um finanzielle, sondern vor allem um politische Dinge geht, daß es deshalb gar nicht gleichgültig ist, wen sie sich zum politischen Bundesgenossen wählen. **In jahrelanger Arbeit kämpfen die freien Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie um die Rechte der Arbeitsinvaliden und Witwen.**

Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat des Koll. Gäbel sprach der Vertreter des Ortskartells des ADGB., Stadtverordneter Koch, der aus der Tatsache, daß sich nunmehr alle Gewerkschaften zu einem gemeinsamen großen Abwehrkampf zusammengefunden haben, kein Grund für einen Fatalismus für die Arbeiterschaft zu erblicken ist. Die heutige Situation bedeutet aber eine Mahnung, zusammenzustehen, um die Gefahren und Anschläge der Reaktion abzuwehren.

Einstimmig wurde darauf nachstehende Resolution angenommen. Mit einem Dank an alle Erschienenen konnte Koll. Klingele die gut verlaufene Kundgebung schließen.

Entschließung:

„Die heute im kleinen Festhallesaal in Karlsruhe stattgefundene Protestkundgebung protestiert gegen jeden Abbau der Invalidenrenten, denn dieser hätte zur Folge eine weitere Verschlechterung der an sich schon so traurigen Lage der Arbeitsinvaliden, heftige Kämpfe um Ausgestaltung der Fürsorge und das Bemühen, verloren gegangene Rententeile auf dem Wege über die Fürsorge wieder einzuholen und dadurch selbstverständlich auch eine noch stärkere Inanspruchnahme der Fürsorgemittel, obwohl heute die Gemeinden durch die stark anwachsenden Fürsorgelasten in ihrer Finanzkraft schon auf das schwerste erschüttert sind. Dieser Weg ist also ebenso unsinnig wie gefährlich.

Wir sehen eine Gesundung der Invalidenversicherung nur von der Einnahmeseite her. Wir verlangen, daß auf die bestehenden Lohnklassen weitere Klassen aufgebaut werden sollen, damit die Möglichkeit der restlosen versicherungsmäßigen Erfassung aller Wochenlöhne über 36 Mark hinaus gegeben ist. Eine Verwirklichung dieser Forderung schafft auf der einen Seite für Millionen von Versicherten die Möglichkeit, sich entsprechend ihres Einkommens bedeutend besser zu versichern als das heute der Fall ist, und garantiert auf der anderen Seite der Invalidenversicherung erheblich höhere Einnahmen, mit denen sie selbstverständlich leichter und ohne schwerste Erschütterung durch schlimme Krisenzeiten hindurchkommen kann.

Neue Beitragsklassen bedeuten Erhaltung der bisherigen Rentenleistung, Erhöhung der Rentenbezüge für die Zukunft, bedeuten also Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft für Millionen von Menschen und kommen damit direkt der Industrie und dem Handel wieder zugute.

Abbau der Rentenbezüge aber bedeutet ein weiteres Absinken der bisher schon geschwächten Kaufkraft und damit direkt starken Schaden für die Wirtschaftskreise, die an der Kaufkraft der Massen das größte Interesse haben.

Verschlechterungen der heutigen Rentenleistungen hat andererseits aber auch schwerstens politischen Schaden im Gefolge. Wirtschaftsnot und soziale Verschlechterungen haben heute schon unter Millionen von Menschen eine Mißstimmung gegen den Staat und seine verantwortlichen Körperschaften erreicht, die man als die allergrößte Gefahr bezeichnen muß. Eine Verschlechterung der Leistungen der größten Rentenversicherung des deutschen Volkes hieße die politische Verzweiflungsstimmung auf den Siedepunkt treiben.

Wir warnen deshalb die Regierung, Maßnahmen zu treffen, die sich politisch gesehen in Haßstimmung gegen den Staat bei den Rentnermassen und ebenso bei der gesamten Arbeiterschaft auswirken, die volle Verantwortung dafür trifft die Reichsregierung und ihre politischen Berater. Wir haben oft genug gewarnt und oft genug unsere positiven und durchführbaren Vorschläge unterbreitet.

Wir fordern auch jetzt in dieser ernsten Stunde im Interesse von Millionen von notleidenden Menschen, und damit im Interesse der deutschen Republik mit aller Eindringlichkeit Schutz und Erhaltung der Rentenleistungen der Invalidenversicherung und die Gesundung der Versicherung durch weitgehendste Reichsbeiträge, die vordringlicher sind als alle Osthilfe und alle Industriesubventionen und die Schaffung neuer Beitragsklassen, damit endlich die Invalidenversicherung den Charakter der Armeleutevesicherung verliert und zu einer wahren, umfassenden Versicherung des gesamten schaffenden Volkes wird."

Das versteckte Bauholz

Wegen Diebstahls war ein Malermeister aus Karlsruhe angezeigt. Ein Maurermeister hatte ihm einen Neubau erstellt; während des Bauens bekamen die Beiden aber miteinander Krach, der so weit kam, daß der Bauherr dem Bauunternehmer den Bauplatz verboten hatte. Das Gerüst stand aber, und der Maurer wollte dafür einen Mietpreis. Man machte 35 Mark die Woche aus und dachte, zahlen tust du's doch nicht. So kam das auch. Einmal wurde der Preis bezahlt, dann nie wieder. Schließlich ist der Neubau aber doch fertig geworden, das Gerüst wurde abgerissen und auf einen Platz zusammen gestellt. Der Andere kam und stellte fest, daß Holz fehlt. Sogar ziemlich viel. Weil man nun schon einmal spinnefeind war, ging man sogleich an die Untersuchung, wo Holz liegen könnte. Unter einer Rebe, unter altem Brandholz mit Eimern, alten Säcken und solchen Dingen zugedeckt, fand man dann eine Menge, die aber dem Maler gehörte, wie er zum wiederholten Male feststellte. Zum Schluß gabs dann Prügel, es erfolgte Anzeige wegen schwerer Körperverletzung, und zwar auf Gegenrechnung. Ein Nachbar, der beim Neubau wohnt und arbeitslos ist, hat von dem Angeklagten auch Holz erhalten zu einem Hasenstall. Der mißtrauische Maurer war aber der Ansicht, daß das alles von seinem Holz ist.

Der Richter war vor eine schwere Aufgabe gestellt. Sechs Zeugen waren da und jeder sagte etwas anderes. Schließlich kam es zu einem Freispruch, da von einer vorgefaßten Absicht, den Andern zu betrügen, nicht die Rede sein konnte. -o-

Unfallhilfe der Bergwacht

Unfallhilfe der Bergwacht. Die Unfallhilfe der Bergwacht ist für den kommenden Winter organisiert. Die Stationen sind alle nachgesehen und soweit nötig mit Verbandmaterial nachgefüllt. Das grüne Kreuz ist bereit, ihren Sportkameraden bei Unfällen im Gebirge Hilfe zu leisten. Die ersten Bergwachtleute ziehen am kommenden Samstag zum ersten Male in diesem Winter auf die bekannten Unfallhilfsstationen.

Am kommenden Dienstag hat die Bergwacht im Goldenen Adler ihre diesjährige Jahreshauptversammlung, wo Rechenschaft über die Leistungen des vergangenen Geschäftsjahres abgegeben wird. Dazu hat jeder Interessent Zutritt. Sp.

Ein kleines Kapital für Deinen Sohn!

Er wird es besitzen, wenn er es nötig hat – ganz gleich, ob Du dann noch lebst oder nicht – durch eine »Lebens-Versicherung mit festem Auszahlungs-Zeitpunkt«

Erkundige Dich nach den vorteilhaften Einzelheiten!

Die Polizei berichtet:

Schwere Verkehrsunfälle

Am Sonntag abend gegen 9 Uhr erfolgte Ecke Karl- und Klauprechtstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Radfahrer und einem Personenkraftwagen. Der Radfahrer, ein verheirateter 61 Jahre alter Kontrolleur von hier, der es versäumt hatte, beim Einbiegen den Bogen auszufahren und dem durch die Karlstraße fahrenden Auto das Vorfahrtsrecht zu lassen, erlitt eine Gehirnerschütterung und eine erhebliche Rißwunde am Kopf. Er schwebt in Lebensgefahr. Ob den Führer des Personenkraftwagens eine Schuld trifft, bedarf noch der Feststellung.

Vergangene Nacht gegen 1 Uhr geriet ein jüngerer Polizeibeamter auf dem Heimweg in der Zollnstraße vor die Räder einer Kraftdroschke, wurde erfaßt und zu Boden geschleudert. Er trug eine Gehirnerschütterung und eine größere Wunde an der Stirn davon. Der Taxiführer brachte ihn selbst in seinem Fahrzeug sofort ins Städtische Krankenhaus. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Am Samstag mittag erlitt eine 34 Jahre alte Witwe von hier dadurch einen Unfall, daß sie auf der Fahrt durch die Erbprinzenstraße mit dem Pedal ihres Fahrrads am Bordstein hängen blieb und stürzte. Sie zog sich dabei eine leichte Gehirnerschütterung und eine erhebliche Kopfwunde zu. Passanten verbrachten sie in bewußtlosem Zustand zu einem benachbarten Arzt, von wo sie, nachdem sie das Bewußtsein wieder erlangt hatte, mittels Kraftdroschke in ihre Wohnung verbrachten werden konnte.

Einbruchsdiebstähle

In der Nacht zum Samstag stieg ein unbekannter Täter nach Eindrücken eines Kellerfensters in die Kellerräume eines Hauses in der Gottesauer Straße ein, brach dort einige Türen auf und durchwühlte alles. Er erbeutete, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, etwa 250 eingelegte Eier.

Am Samstag vormittag wurde im Hardtwald, in der Nähe der Parkstraße, ein verdächtiger Mann beobachtet, wie er mit einem Korb in der Hand aus Brombeerhecken Eier auflas, die vermutlich entwendet und dort versteckt worden waren. Als er merkte, daß man ihn beobachtete, ging er flüchtig. Eine Polizeistreife machte sich mit Fahrrädern auf die Suche nach ihm, konnte ihn jedoch nicht mehr erreichen. Wahrscheinlich handelt es sich um den Täter des Einbruchs in der Gottesauer Straße. — In der Nacht zum Sonntag verübte ein unbekannter Täter einen Einbruch in ein Verkaufshäuschen in der Honselstraße. Er entwendete Zuckerwaren, deren Wert noch nicht festgestellt werden konnte.

Geländeübung der Stahlhelmer

In den späten Abendstunden des Samstag veranstalteten Angehörige der Ortsgruppen Karlsruhe und Ettlingen des Stahlhelms in der Gegend von Bulach eine Geländeübung; sie wurden festgenommen.

Festgenommen

Zwei jugendliche Mitglieder der **NSDAP.**, von denen der eine unerlaubt Drucksachen verteilte und der andere Uniform und einen Totschläger trug, wurden Samstag nacht in Rintheim festgenommen.

Politische Schlägerei

Zwischen einer größeren Anzahl Kommunisten und Nationalsozialisten kam es in der Nacht zum Sonntag in Daxlanden zu Zusammenstößen, so daß die Polizei wiederholt einschreiten und mehrere Personen festnehmen mußte.

*

Einschränkung des Straßenbahnverkehrs. Wir verweisen auf die heutige Bekanntmachung des Städtischen Bahnamts, wonach eine Einschränkung im Straßenbahnverkehr ab heute eintritt.

Spendet für das Kinderkrankenhaus. Eine große Zahl schwerkranker Kinder aus bedürftigen Kreisen muß das Weihnachtsfest in diesem Jahr im Kinderkrankenhaus zubringen. Wir möchten auf das Inserat besonders aufmerksam machen.

(:) Gedenktag. Gestern waren es 25 Jahre, seitdem Karl Schnetzler, der verdienstvolle Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, die Augen für immer schloß. Unter den bedeutsamen Taten dieses hervorragenden Mannes in seiner langen ausgezeichneten Wirksamkeit ragt eine hervor: die Verleihung des Rechts auf Ruhegehalt und Hinterbliebenen-Versorgung an die städtischen Beamten und Arbeiter und die Aufstellung eines Gehalts- und Lohntarifs für sie. Karlsruhe war eine der ersten Städte im deutschen Reich, die in dieser vorbildlichen Weise praktische Sozialpolitik trieb. Der Verein städtischer Beamten hat in dankbarer Erinnerung an die warmherzige Fürsorge Schnetzlers für seine Mitarbeiter einen Ehrenkranz an seinem Grabe niedergelegt und die Stadtverwaltung hat die Grabstätte des Verewigten auf dem Hauptfriedhof dahier am gestrigen Sonntag mit einem Lorbeerkranz geschmückt.

(!) Weihnachtsobstverkauf. Die Nachfrage nach gutem Obst ist infolge der Umgestaltung in der Ernährungslehre heute allseits eine rege. Um auch für die Weihnachtszeit den Bedarf der Verbraucher an gutem Obst sicher zu stellen, veranstaltet die Badische Landwirtschaftskammer einen weiteren ihrer beliebten Obstverkäufe am 15. und 16. Dezember im Kaffee Nowack. Im Hinblick auf die beschränkte Kaufkraft und die herannahende Weihnachtszeit wird das Obst nicht nur in den bekannten Viertel- und Halbzentnerkisten und -körben, sondern auch in kleineren Packungen abgegeben.

Küppurr

Ist Küppurr eine Hakenkreuzhochburg?

Nicht mehr und nicht weniger behauptet ein Artikelschreiber St. im Nazi-Führer. Er polemisiert in bekannter Art gegen den Artikel im Volksfreund, der den Kindergartenüberfall und den Diebstahl der Sammelbüchse behandelte. Dort war nur die Vermutung ausgesprochen, daß evtl. die Hitler ihre Pfoten im Spiel haben könnten. Der Führer kutschiert retour und behauptet ziemlich unverblümt, daß nur die SAJ. die Büchse gestohlen haben könnte. Das ist eine große Unverschämtheit, wenn man bedenkt, daß Dr. Holmut Klotz eine Ehrenrangliste vom Dritten Reich herausgegeben hat, wo die einzelnen Ehrenmänner alle mehr oder weniger kriminell gefärbt sind. Wenn Dr. Klotz zufällig einmal nach Küppurr käme, würde er auch in Küppurr verschiedene Hitler-Brusttücher finden, die ziemlich befleckt sind, trotzdem St. meint, in Küppurr sei die Hitlerpartei tadellos in Form. Der Deutsche Frauenorden mit seinen alten und jungen Jungfrauen ist im Volksfreund gar nicht erwähnt worden, trotzdem behauptet St. im Führer, wir wollten ihn herabsetzen. Die vorsintflutliche Einstellung dieser Leute ist für uns gar nicht diskutabel. Uebrigens ist es eine riesengroße Heuchelei oder Dummheit des St., wenn er in dem Führer-Artikel so ein großes Genossenschaftsinteresse an den Tag legt. Die Vertreter der Nazi haben bei Gelegenheit die Bauzuschüsse für Baugenossenschaften abgelehnt mit der Begründung, die Kleinhandwerker sollen Wohnungen bauen; fast täglich brüllen die Hitlerblätter „Kauft nicht in Genossenschaften!" und die Hitlerpartei will durch ihre Steueranträge in den Parlamenten die Genossenschaften erdrosseln. Und nun auf einmal dieses Genossenschaftsinteresse? Das ist mehr wie verdächtig! Da ist die Vermutung des Volksfreundartiklers gar nicht so abwegig, daß Hitlerburschen Genossenschaftseigentum zerstören wollen!

Uebrigens wird sich die Parteiversammlung, die am Mittwoch im „Zähringer Löwen" stattfindet, mit den Anwürfen des Hitlerblattes gegen unsere Partei beschäftigen. Erscheint zahlreich. —n.
(Siehe Anzeige.)

Veranstaltungen

Der Tierschutzverein Karlsruhe e. V. veranstaltet am Mittwoch, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, einen bunten Abend im „Hotel Germania" unter gütigster Mitwirkung des Herrn Oberspielleiters Felix Baumbach, Frau Dr. Hochschild und Herrn Esselsgroth (Gesang), Frl. Lulu Dorner (Violine), am Flügel: Else Beck. Herr Rechtsanwalt Rohde wird kurz über „Tierrecht und Tierschutz" sprechen. Der Abend ist gedacht als Nachfeier zum Welttierschutztag (4. Oktober, Todestag des Hl. Franz v. Assisi) und als Werbeabend für den Tierschutzgedanken. Herr Hotelier Sitzler stellt seine Räume dem Tierschutzverein in uneigennütziger Weise als Unterstützung seiner Bestrebungen zur Verfügung. Der Verein lädt nicht nur seine Mitglieder, sondern auch Gäste herzlichst ein. Eintritt frei.

*

Montag, den 7. Dezember 1931:

Badisches Landestheater: Götz von Berlichingen. Volksbühne. 20 Uhr.
Colosseumtheater: Die schwebende Jungfrau: Schmitz-Weißweiler. 20 Uhr.
Badische Lichtspiele: Der Kampf ums Matterhorn. Beifilm. Konzerteinlage. 20.30 Uhr.
Gloria-Palast: Liebe und Weltrekord. Nur tönendes Beiprogramm.
Kammer-Lichtspiele: Feind im Blut. Beiprogramm.
Palast-Lichtspiele: Der ungetreue Ekkehard. Beiprogramm.
Residenz-Lichtspiele: Sein Scheidungsgrund. Beiprogramm.
Schauburg: Der Glöckner von Notre Dame. Ich lebe für Dich.
Union-Theater: Reserve hat Ruh. Beiprogramm.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 4. Dezember: Cäcilia Moser, 57 Jahre alt, Ehefrau von Karl Moser, Zeitvermittler. Beerdigung am 7. Dezember, 13.30 Uhr. Karoline Burger, 52 Jahre alt, Witwe von Karl Burger, Chorsänger. Beerdigung am 7. Dez., 14 Uhr. — 5. Dezember: Wilh. Beck, 69 Jahre alt, Lokomotivführer a. D., Ehemann. Beerdigung am 7. Dezember, 14.30 Uhr. Philipp Völker, 81 Jahre alt, Lokomotivführer a. D., Witwer. Beerdigung am 7. Dezember, 15.30 Uhr. Heinrich Bräutigam, 37 Jahre alt, Lithograph, Ehemann (Lahr).

Amtliche Bekanntmachungen

Handelsregister-Einträge

1. „Epa" Einheitspreis — Aktiengesellschaft zu Berlin, Filiale Karlsruhe. Die Prokuren Friedrich Melis und Henry Lohse sind erloschen.
2. Vereinigte Uniform Aktiengesellschaft Mohr & Speyer Jacob Weis Feldstein & Berger, Zweigniederlassung Karlsruhe i. B. Hauptsitz Frankfurt a. M. Die Prokura des Otto Passow ist erloschen. 30. XI. 31.
3. Johannes Haag, Zentralheizungen Aktiengesellschaft Zweigniederlassung Karlsruhe in Karlsruhe, Hauptsitz Augsburg. Die Prokura des Otto Koch, Karlsruhe ist erloschen. 3. XII. 31. 2251
4. Karlsruher Lebensversicherungsbank Aktiengesellschaft Karlsruhe. Dr. jur. Paul Schmitz, Karlsruhe ist Gesamtprokura in der Weise erteilt, daß er berechtigt ist, gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied die Gesellschaft zu vertreten. 4. XII. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Handelsregister-Einträge

1. Karl Oertel, Karlsruhe. Die Inhaberin ist jetzt die Ehefrau des Kunstmalers und Kaufmanns Karl Oertel, Karlsruhe. 2. XII. 31.
2. Reformgeschäft Friedel Müller Nachfolger Inhaber J. Friedrich Wilhelm, Karlsruhe. Die Firma ist geändert in: J. Friedrich Wilhelm. 5. XII. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Güterrechtsregister-Einträge

1. Zu Band II Seite 189: Trinks Kurt Georg Kaufmann, Karlsruhe und Johanna Helene geb. Liebscher. Vertrag vom 8. August 1931. Gütertrennung 1. XII. 31.
2. Seite 190: Merkler Otto, Maler, Mörsch und Frieda geb. Müller. Vertrag vom 28. Juli 1931. Gütertrennung.
3. Seite 191: Mathis Hermann, Kaufmann, Karlsruhe und Elsa Berta geb. Ernst. Vertrag vom 14. November 1931. Gütertrennung.
4. Seite 192: Oertel Karl, Kunstmaler und Kaufmann Karlsruhe und Anna geb. Baßmer gesch. Betzel. Vertrag vom 17. November 1931. Gütertrennung. 3. XII. 31
5. Seite 193: Bösinger Karl Friedrich, Schreiner, Karlsruhe und Hilda geb. Müller. Vertrag vom 11. November 1931. Gütertrennung 5. XII. 31. Amtsgericht Karlsruhe 2252

Einschränkung des Straßenbahnverkehrs.

In Anpassung an die veränderten Verhältnisse findet vom 7. Dezember ab eine Einschränkung des fahrplanmäßigen Abendverkehrs statt.

Der neue Fahrplan sieht vor, daß künftig — abgesehen von den in den Betriebsbahnhof einrückenden Wagenzügen — letztmals von etwa 23.30 Uhr ab Marktplatz Züge nach allen Richtungen des Netzes verkehren. Vor diesem Zeitpunkt tritt eine Aenderung in dem bisherigen Fahrplan nicht ein.

Vom Hauptbahnhof aus verkehren außerdem noch folgende Spätzüge nach den Richtungen Mühlburg und Schlachthof:

Hauptbhf. ab	0.07, 0.57	Hauptbhf. ab	0.09, 0.55
Hauptpost	0.15, 1.05	Marktplatz	0.16, 1.03
Mühlb. Tor	0.18, 1.08	Schlachthof	0.24, 1.11
Mühlburg an	0.28, 1.18	Durl. Bhf. an	0.30, —

Die Fahrzeiten der letzten Züge sind auf den Spätwagentafeln angegeben; neue Fahrpläne sind bei den Wertzeichen-Verkaufsstellen und bei den Schaffnern zum Preise von 5 Pfennig erhältlich.

Der Verkehr nach Rappenwört wird vormittags völlig eingestellt. 2245

Karlsruhe, den 4. Dezember 1931.

Städtisches Bahnamt.

Ueber 100 gut erhaltene
Maß-Anzüge Mäntel, Überz.
v. 10 ℳ an in all. Gr. u. Farben, sow. Gehrock-, Smoking- u. Cutawayanzüge, Hosen, Joppen, neu u. gebraucht, sowie Gelegenheitspost. neue, Ia Qualität.
Anzüge u. Mäntel staunend billig.
Zähringerstr. 58a, II

Gut möbl. Zimmer an berufst. Herrn oder Frl. auf sofort **zu vermieten Kaiserallee 63, IV r.**

Leeres Zimmer im 5. Stock, **mit Keller,** östliche Kaiserstraße, **zu vermieten.** 8661
Büro Karl-Wilh.-Str. 50

Möbl. Zimmer bill. zu vermieten. H1874
Luisenstr. 14, IV.

In jede Familie nur den Volksfreund

Kaufe **Motorrad,** 220 cm, Bauj. nicht unt. 28. **B. Decker, Ottenhöfen,** Lauenb. 293. D 1877

2 Mark nur
billige gute Romane Ganzleinen gebunden
Stendhal Italienische Novellen
Gustav Meyrinck Der Golem
Anatole France Die Götter dürsten
Viktor Hugo 1793. Das Jahr des Schreckens
Sören Kierkegaard Das Tagebuch eines Verführers
Halbleder gebunden je
Mk. 2.85
Volksfreund Buchhandlung
Waldstr. 28, Ruf 7020/21

Gepflegte Sortimente Qualitätsware Niedrige Preise
machen den Einkauf von
STOFFEN
bei uns zu einer
Freude und Ersparnis!

Baumwollstoffe
Pyjamaflanell Indanthrenstreifen, ca. 80 cm breit · · · · Mtr. 85 ₰ **65 ₰**
Samtflanell Tweedmuster · · · · · · · Mtr. 95 ₰ **65 ₰**
Gemustert u. einfarb. Welliné f. Morgenröcke Mtr. 1.15 **90 ₰**
Tricolet für Herrenhemden, rein Mako · · Mtr. 1.45 **95 ₰**

Kleider- u. Mantelstoffe
Tweed Halbwolle, für Kinderkleider · · · · · · Mtr. **85 ₰**
Woll-Crêpe de Chine mod. Kleiderfarben Mtr. **1.15**
Tweed u. Tweed-Schotten reine Wolle neue Dessins, gute Strapazierware · · · · · · · · · Mtr. **1.65**
Bouclé Diagonal ca. 90 cm breit, prima Kleiderware · · · Mtr. **2.60**
Afghalaine reine Wolle, ca. 130 cm breit. schöne, moderne Farbtöne für das Nachmittagskleid Mtr. **4.50**
Mantel-Velour u. Velour Diagonal reine Wolle, ca. 135/40 cm breit · · · · · · · Mtr. 5.90 **4.35**

Seide / Kunstseide
Waschsamt bedruckt, in großer Musterauswahl, Mtr. **90 ₰**
Kunsts.-Marocain ca. 96/98 cm breit, in vielen modernen Farben · · Meter **2.45**
Marocana façonné ca. 80 cm breit besonders preiswert, nur schwarz und marine · · Meter **2.45**
Marocain Kunstseide, bedruckt, Diagonal und Fantasiemuster, ca. 95 cm breit · · · Meter **2.90**
Flamenga Wolle mit Kunstseide, ca. 96/98 cm breit unsere bewährte Hausmarke · · Meter **3.75**
Kunstseiden-Crêpe-Satin ca. 96/98 cm breit hochglänzendes weichfließendes Gewebe · · · · · Meter **3.90**
Crêpe-Marocain reine Seide, ca. 96/98 cm breit sol. Qual., in groß. Farbsort. Mtr. **4.65**

Wer **„Hertie"**-Damenstrümpfe trägt, ist zufrieden.

HERTIE HERMANN KARLSRUHE

Badisches Landestheater
Montag, 7. Dezember
Volksbühne: Dezembervorstellung
Götz von Berlichingen
Schauspiel von Goethe
Regie: Baumbach
Mitwirkende: Bertram, Ehrhardt, Ermarth, Seiling, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmeke, Herz, Hierl, Höcker, Hofbach, Kienscherf, Kloeble, Kuhne, Luther, Mehner, Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trenck, Eich, Killian, Kuhr, Lindemann, Grimm
Anfang 20 Uhr
Ende gegen 23 Uhr
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten. 2244
D[illegible] 8. 12. Nina. Mi. [illegible], nachmittags: So[illegible]vorstellung: Hä[illegible] und Gretel. [illegible]: Die Puppenfee. Abends: Der Graue. Do. 10. 12. Im weißen Rößl. Fr. 11. 12. Die Maske. Sa. 12. 12., nachmittags: Neu einstudiert: Der gestiefelte Kater. Abends: Hänsel und Gretel. Hierauf: Die Puppenfee. So. 13. 12., nachmittags: Der gestiefelte Kater. Abends: Neu einstudiert Othello. Im Konzerthaus: Ollly-Pollly.

Schönes 8824
Schlafzimmer
hell eichen, nur ℳ 265.-, 2 gleiche pol. Betten mit Pat.-Rost 45.—, dazu passend 2 Nachttische 28.-, Waschkommode m. Spiegel 45.—, 2tür. Schränke v. ℳ 20.— an, Vertiko Kommode 10.—, Weißzeugschränkchen, Ausziehtisch und andere Tische, schöne Stühle, Zimmer- und Küchenkredenz, Bücher und Notenständer, Metallbettstelle, schöne Chaiselongue 28.— und 30.—, sonstige Gegenstände, alles sehr billig im
An- und Verkauf
Gutmann, Rudolfstr. 12.

Damenkleider werden v. 4 ℳ an angef., gut. Sitz garant. Näh. b. **Fischer,** Blumenstr. 25, II. F1875

Union-Theater
Reserve hat Ruh
schlägt sämtliche bisherigen Rekorde
Ueber 20000 Besucher!
4 Wochen Spieldauer!
Letzte unwiderrufliche Verlängerung bis einschl.
Donnerstag!
Zum 100. Male am Dienstag abend 1/29–11
In dieser Vorstellung wird eine Jahresdauerkarte für 1932 unter den Besuchern ausgelost 882

Tierschutzverein Karlsruhe e. V.
Bunter Abend
am **Mittwoch, den 9. Dezember,** abends 8 Uhr, **Hotel Germania.**
Mitwirkende:
Herr Oberspielleiter Felix Baumbach
Frau Dr. Hochschild und Herr Esselsgroth (Gesang)
Frl. Lulu Dorner (Violine) 8820
Am Flügel: Else Beck
Vorausgehend: Kurzes Referat des Herrn Rechtsanwalt **Rhode** über
„Tierrecht und Tierschutz".
Eintritt frei! Gäste willkommen!

Durlacher Anzeigen

Bekämpfung der Schnakenplage

Aufgrund der bezirkspolizeilichen Vorschrift vom 23. Mai 1927 sind die Hauseigentümer und deren Stellvertreter verpflichtet, bis zum 15. ds. Mts. die Schnaken in den Kellern, Schuppen, Ställen Gruben usw. zu vernichten. Ergibt sich bei der Nachschau, daß dieser Verpflichtung nicht genügt ist, so führt die Stadt die Maßnahmen auf Kosten der Verpflichteten durch. Den hiermit betrauten Personen ist jederzeit der Zutritt zu den Räumen zu gestatten.

Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Durlach, den 4. Dezember 1931. 2248

Der Oberbürgermeister.